

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 226.

Donnerstag, den 26. September 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Die russischen Dumawahlen.

Laut Edikt des Zaren ist die Duma am 12. September aufgelöst, und der Beginn der Neuwahlen für den 23. September anberaumt worden. Formell hat also die dritte Duma erst jetzt zu existieren aufgehört, in Wirklichkeit ist sie schon seit Anfang Juli in der Versenkung verschwunden! Ebenso beginnen schon jetzt — auf dem Papier — die Neuwahlen, obgleich bisher nicht einmal die Wählerlisten veröffentlicht worden sind. Eine Fiktion — als Symbol des russischen Verfassungslebens, heuchlerische „konstitutionelle“ Phrasen — als Deckmantel für die asiatische Wirklichkeit!

„Die Wahlkampagne — wird aus Jekaterinodar, im nördlichen Kaukasus geschrieben — ist bereits im vollen Gange; leider treten diesmal als „Wähler“ die *Genarmen* auf, von denen die Bürger Jekaterinodars einzeln „gewählt“ werden, und zwar nicht für die Reichsduma, sondern für das örtliche Gefängnis!“ Diese kurzen Worte beleuchten treffend die Situation, aus der die vierte Duma geboren werden soll.

Es würde zu weit führen, wollte man sämtliche Mittel aufzählen, die von den herrschenden Gewalten schon seit Monaten angewendet werden, um eine folglose regierungstreue Duma zusammenzustoppeln. Sämtliche Fälschertriebe und Unterdrückungsmaßnahmen der Behörden und ihrer Kreaturen verschwinden vor der einen großen Infamie — vor dem nach dem Staatsstreich vom 3.—16. Juni 1907 aufoktroierten Wahlgesetz, das die Herrschaft über die Volksvertretung der junkerlich-plutokratischen Reaktion ausgeliefert hat.

Das erste russische Wahlgesetz vom 11.—24. Dezember 1905 — eine verbesserte Fassung des Bulgajinischen Entwurfes vom 6.—19. August 1905 — war der Regierung unter dem Druck der Massenstreiks und der Agrarunruhen im ganzen Reich entrisen worden. Es enthielt große Mängel, es gab aber dennoch dem Willen des Volkes Raum und bot die Grundlage für die demokratische Zusammenfassung der ersten und der zweiten Duma. Die Regierung hatte, auf den Gegensatz zwischen Stadt und Land rechnend, der Bauernschaft ein ziemlich weitgehendes Wahlrecht verliehen. Diese Spekulation schlug aber gründlich fehl, denn die aus ihrem politischen Schlaf erwachende Bauernschaft trat Hand in Hand mit der städtischen Demokratie gegen die Junkerherrschaft auf. Die erste Duma wurde aufgelöst. Die Feldgerichte traten in Aktion, um der Bevölkerung ihren Radikalismus auszutreiben. Aber die Antwort war eine zweite Volksvertretung, die neben 55 Sozialdemokraten eine starke, sozialistisch gefärbte Bauernpartei aufwies. Nach kurzer Dauer wurde auch diese Volksvertretung gesprengt, die sozialdemokratische Fraktion unter der fälschlichen Anklage des „Hochverrats“ ins Gefängnis geworfen und ein neues Wahlgesetz aufoktroiert, das dem Junkertum von vornherein das Übergewicht sicherte.

Folgende Zahlen beleuchten den sozialen Inhalt dieser Umwälzung: In der ersten Duma gehörte die Hälfte aller Mandate der Bauernschaft und dem städtischen Bürgertum; in der dritten Duma von Staatsreichs Gnaden sank diese Zahl auf ein Viertel, während der Adel allein über die Hälfte, und im Verein mit der Geistlichkeit und dem Großbürgertum drei Viertel aller Mandate besaß. Noch deutlicher kommt dieser Zusammenhang in den Wahlmännern zum Ausdruck. Es entfielen von 100 Wahlmännern

	nach dem alten Wahlgesetz	nach dem neuen
auf die Kurie der Großgrundbesitzer	31,5	49,4
„ „ „ „ städt. Wähler	22,2	26,2
„ „ „ „ Bauern	42,9	22,3
„ „ „ „ Arbeiter	3,4	2,1

Bei den Wahlen für die dritte Duma führte diese Umwälzung zu folgenden Resultaten. Es entfielen auf einen Wahlmann:

230 Urwähler in der Kurie der Großgrundbesitzer	1000 „ „ „ „ ersten städtischen Kurie	15 600 „ „ „ „ zweiten städtischen Kurie	60 000 „ „ „ „ Bauernkurie	125 000 „ „ „ „ Arbeiterkurie
(Großbourgeoisie)	(mittlere Bourgeoisie)			

Die fünfjährige Tätigkeit der dritten Duma entsprach vollkommen ihrer sozialen Zusammensetzung. Da eine völlige Rückkehr zum alten Regime unmöglich war, verschänkten sich die herrschenden Klassen in den Institutionen, die, von der Volksbewegung ins Leben gerufen, nun den Zwecken der junkerlich-kapitalistischen Reaktion dienlich gemacht worden waren. Das Wort *Basalkes* von den „praktischen Dienern“ der Reaktion

kam auch hier zur Geltung. Das Junkertum und das mit ihm koalierte Großbürgertum nutzten ihre Vorherrschaft in der Duma trefflich aus, um einerseits allen Ueberresten der „Freiheitsperiode“, allen Eroberungen der Demokratie den Garau zu machen, andererseits, um neben der Bureaokratie ein gleichberechtigter Faktor des Staatssystems zu werden und ihren Interessen Geltung zu verschaffen. Das gilt namentlich von dem russischen Großbürgertum, das im ersten Rausche seiner politischen Gleichberechtigung mit dem Großgrundbesitz seinen wirtschaftlichen Gegensatz zum Agrarierum zu vergessen sucht und ungestüme, rücksichtslos als sein hoher Bundesgenosse die Interessen der arbeitenden Klassen mit Füßen tritt. Die Widersprüche zwischen der barbarischen politischen Wirklichkeit und den Anforderungen der modernen kapitalistischen Entwicklung entgegen dem russischen Großkapital natürlich nicht. Es sucht aber diese Widersprüche zu umgehen einerseits durch die Bekämpfung des „fremden“ Kapitals, andererseits durch das Einschwenken in das Fahrwasser der kriegerischen Expansion. Dem ersten Zweck dient der chauvinistische Rumel, der in den letzten Jahren gegen die Finnländer, die Juden, die Polen und sonstige „Fremdstämmige“ eingeseht hat, während der andere gefördert wird durch die Unterstützung, die die russische Großbourgeoisie den wahnsinnigen Rüstungsplänen der Regierung, wie ihrem räuberischen Vorgehen in Persien und in der Mongolei leiht. Diese Tendenzen: die gewaltsame Unterdrückung aller Lebensregungen des Volkes, die wahnsinnige Hege gegen die „Fremdvölker“ und die aller wirtschaftspolitischen Grundlagen entbehrende auswärtige Expansion sind die wichtigsten Merkmale der inner-russischen Politik der letzten Jahre. Die dritte Duma brachte ihnen das weitgehendste Verständnis entgegen, und auch die neue Duma soll in den Dienst dieser Aufgaben gestellt werden. Grund genug, daß nicht nur die Regierung, sondern auch der Großgrundbesitz und das Großkapital alle Kräfte anspannen, um mit Hilfe des Schandgesetzes vom 16. Juni 1907 eine ihrem Willen gefügige „Volksvertretung“ zustande zu bringen.

## Die Teuerung.

Die Zunahme der Fleischeinfuhr an der badisch-schweizerischen Grenze ist wohl der sprechendste Beweis, wie schwer man in der Bevölkerung die hohen Fleischpreise empfindet. Bekanntlich dürfen bis zu 4 Pfund Fleisch Zollfrei über die Grenze gebracht werden. Im badischen Amtsbezirk Lörrach beträgt das auf diese Weise aus der nahen Schweiz geholte Quantum manchmal pro Tag 10 Zentner. Daß dadurch aber auch die Steuerkraft der einheimischen Geschäftsleute geschädigt wird, liegt auf der Hand. Aus diesem Grunde hat der Gemeinderat von Lörrach das badische Ministerium ersucht, im Bundesrat für die Gestattung der Einfuhr argentinischen Viehes in den Bereich des kleinen Grenzverkehrs einzutreten. Der Lörracher Gemeinderat denkt sich die Sache so, daß das argentinische Vieh, welches jetzt nach Basel kommt, vor seiner etwaigen Einfuhr in die badischen Grenzorte nochmals tierärztlich untersucht wird. Geschiehe das, dann wäre eine Seucheneinschleppung sicherlich zu verhüten. — Wie umfangreich dieser Grenzverkehr sich gestaltet hat, bezeugen die nachfolgenden Zahlen, die amtlichen Quellen eininommen sind. Die Statistik ist berechnet auf Grund der vereinnahmten Fleischsteuer (4 Pfg. pro Pfund) und bezieht sich nur auf die Einfuhr von Ochsen- und Rindfleisch, da Kalbfleisch steuerfrei ist und demnach nicht statistisch erfasst wird. Die Ziffern für 1912 beziehen sich nur auf die Monate bis inkl. Juli. Danach wurden eingeführt:

	1909	1910	1911	1912	Insgesamt
über Zollamt:					
Weil-Friedlingen	3 606 kg	4 489	2 451	1 919	12 465 kg
Weil-Otterbach	336	547	588	290	1 766
Weil	184	258	920	740	1 500
Stetten	139	447	898	9 469	11 153
Basel-Bahnhof	5 782	6 853	8 015	4 498	25 148
Grenzach-Horn	525	2 276	4 123	985	7 909
Lörrach-Bahnhof	—	8 621	—	440	9 061
	10 572	17 489	16 890	18 351	68 922

Diese Einfuhr fällt zum Teil (1909—1911) in eine Zeit, wo die Viehpreise noch nicht so hoch waren, wie in der zweiten Hälfte des Jahres 1912. Und es ist überaus typisch, daß die sieben Monate dieses Jahres die Einfuhr des Jahres 1911 schon um rund 2000 Kilogramm überholt haben. Liegen erst die Zahlen von den restlichen 5 Monaten noch vor, dann wird sich zeigen, wieviel Geld ins Ausland wegen der hermetischen Grenzsperrung und hohen Zollsätze für die Einfuhr von Vieh und Fleisch getragen wird. Im Neben Zollamt Stetten ist innerhalb 3½ Jahren die Einfuhr um das Achtfache gestiegen. Dabei können sich diese Leute glücklich schätzen, daß sie an der Grenze wohnen. Sie verstehen es denn auch nicht, daß

die argentinischen Ochsen, die jetzt täglich in Basel geschlachtet werden, eine halbe Stunde vor der deutschen Grenze Halt machen müssen.

Regierung und Brotwucherparteien reden sich, wenn sie wegen der hohen Lebensmittelpreise zur Rechenschaft gezogen werden, darauf hinaus, daß doch auch die Löhne außerordentlich gestiegen seien. Hundertmal ist diese Behauptung Lügen gestraft worden. Auch der Bericht der rheinisch-westfälischen Textilberufsgenossenschaft für das Jahr 1911 zeigt aufs neue, wie unsinnig das Gerede von der großen Lohnsteigerung ist. Nach dem Bericht ist der Durchschnitts-Jahreslohn der Textilarbeiter um ganze 7,51 Mark auf 927,08 Mk. gestiegen. Die Lohnsteigerung seit dem Jahre 1886 beträgt 159,69 Mk., das sind 20 Proz. Selbst Zentrumsblätter mußten zugeben, daß sich in der gleichen Zeit die Lebensbedürfnisse um etwa 35 Proz. verteuert haben. Wo ist da die behauptete Verbesserung der Lebenslage?

Dagegen hat sich die Ausnützung der Arbeiter und damit die Unfallgefahr erhöht; der Bericht der Berufsgenossenschaft verzeichnet 2222 Unfälle 1911 gegen 2162 im Jahre 1910 und 2143 im Jahre 1909.

Eine neue Pferdekadavergeschichte wird wieder aus Schlesien gemeldet. In Märzdorf im Kreise Tauer fuhr ein Speditour zum Bahnhof. Unterwegs stürzte sein Roß zusammen und verendete. Das Tier wurde auf ein Wiesengrundstück gebracht, abgeledert und sollte dort verscharrt werden. Die Leute des Speditours kamen aber gar nicht dazu, weil Duzende von Arbeitern über den Kadaver herfielen und alles, was Fleisch war, von den Knochen entfernten. Ehe die Behörde einschreiten konnte, war das abgetriebene Roß aufgeteilt. — Solche Zustände herrschen im zivilisierten Deutschland.

In Bremen, wo etwa 10 000 Staats- und Reichsbeamte anständig sind, ist jetzt ein Beamten-Konsumverein gegründet worden. Die Kommission, die diese Frage zu prüfen hatte, hat Montag Abend in einer stark besuchten Beamtenversammlung Bericht erstattet und die Gründung eines Haushaltsvereins empfohlen, wie er für die Beamten in Hannover besteht. Verkaufsstellen sollen nicht eröffnet werden, die Kommission empfiehlt die Errichtung eines Lagerbetriebs. Zweimal in der Woche sollen die Waren an die Besteller versandt werden. Die Betriebskosten sind auf 7—8 Proz. veranschlagt.

Weit über 30 000 Frauen hatten sich Dienstag Abend in ca. 30 Versammlungen zusammengefunden, um gegen die Teuerung zu protestieren. Einige der Versammlungen waren so stark besucht, daß Parallelversammlungen in anderen Räumen oder im Garten abgehalten werden mußten. In Neukölln kam es nach den Protestversammlungen auch noch zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Ein größerer Trupp Frauen zog nach der Versammlung vor dem Rathaus vorüber, dort wurden sie von der Polizei attackiert und zum Teil recht brutal auseinander getrieben.

Welch unheilvolle Wirkung die teuren Fleischpreise auf die Lebenshaltung ausübt, zeigt der eben bekannt gewordene Betriebsbericht des städtischen Schlachthofes in Fürth i. B. für den Monat August. Frühere Berichte konstatierten schon einen Rückgang des Fleischkonsums. Im August 1912 wurden 600 Tiere weniger geschlachtet als im gleichen Monat des Vorjahres, bei derselben Zahl der Schlachttag. Zwar blieb die Zahl der geschlachteten Ochsen gleich, aber der Rückgang der Schlachtungen bei den Kühen macht 12,5 Prozent der vorgenommenen Schlachtungen aus. Von Bullen wurden 10,5 Prozent weniger geschlachtet, Sungrinder sogar 44,5 Prozent und Kälber 22 Prozent weniger. Dagegen erhöhte sich die Zahl der Schlachtungen von Schafen um 38 Prozent. Sonst ist das Schaffleisch bei der Bevölkerung weniger beliebt und ist daher auch im Preise billiger. Die jetzige Teuerung bei den anderen Fleischsorten erhöht den Konsum des weniger beliebten Schaffleisches. Außer bei den Schafen haben sich nur noch bei den Pferden die Schlachtungen vermehrt und zwar um 9 Prozent, trotzdem der Preis für das Pferdefleisch gestiegen ist. Bei den Schweinen verminderte sich übrigens die Zahl der Schlachtungen um 25 Prozent und bei den Ziegen um 66 Prozent. Die Minderungsprozente summieren sich auf 180,5, denen an summierten Mehrungsprozente nur 47 gegenüber stehen.

Das Kanzlerblatt, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, brachte am Mittwoch Abend an der Spitze des Blattes in Sperrdruck folgende Erklärung:

„Auf Veranlassung und unter Leitung des Reichskanzlers sind in den letzten Wochen die Mittel zur Milderung der gegenwärtigen Fleischteuerung und der durch sie herbeigeführten schweren Belastung weiter Volkskreise nach allen Richtungen hin geprüft worden. In seiner gestrigen Sitzung hat sich das preussische Staatsministe-

um über die Hauptpunkte der sofort einzuleitenden Regierungsaktion geeinigt. Einzelheiten werden heute noch durch eine von den beteiligten Ressorts zusammengesetzte Kommission geklärt. Darauf wird Preußen sofort mit den anderen Bundesregierungen in Verbindung treten. Eine Veröffentlichung der geplanten Schritte ist in den nächsten Tagen zu erwarten."

Endlich will also auch die Reichsregierung zeigen, daß sie ein Verständnis für die derzeitige Not des deutschen Volkes hat. Was aber wird sie zur durchgreifenden Linderung der Not tun? Das ist die Frage, die ja in den nächsten Tagen beantwortet werden soll.

In G ö r l i g kam am Dienstag zum ersten Male das vom Magistrat bestellte d ä n i s c h e Rindfleisch durch Fleischmeister zum Verkauf. Die Preise, die vom Magistrat festgesetzt werden, sind um 10—20 Pfg. pro Pfund billiger als für hiesiges Fleisch. Das dänische Fleisch fand starken Absatz.

Am Dienstag hielt wegen der Fleischsteuerung auch das badische Ministerium des Innern eine Konferenz ab, zu der alle Interessentenkreise eingeladen worden hatten. Der Minister des Innern, Freiherr v. Bodmann, äußerte sich über den Standpunkt der badischen Regierung dahin, daß die Einfuhr von Vieh aus Schweden und Dänemark in den Bereich der Möglichkeit gezogen werden könne, desgleichen eine Ermäßigung der Fleischübergangssteuer. Dagegen sprach sich der Minister gegen die Einfuhr von holländischem und französischem Vieh und von argentinischem Gefrierfleisch aus.

Eine amerikanische Gesellschaft hat der von der Stadt Frankfurt a. M. zum Studium des in- und ausländischen Fleischmarktes entsandten Kommission ein Angebot auf Lieferung größerer Mengen frischen Fleisches gemacht. Dieses Angebot wurde angenommen. Der Versand geschieht von Rotterdam, der Preis für das Pfund beträgt im Großverkauf 53 Pfennige. Allerdings müssen noch die Transportkosten von den Empfängern getragen werden. Im Kleinverkauf, der durch die Schlachtereinnahmen geschieht, wird sich das Fleisch auf 82 Pfg. für das Pfund stellen.

Die von den städtischen Behörden Kessels eingesezte Kommission beschloß, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, um eine ständige Kommission zur Überwachung der Nahrungsmittelpreise ins Leben zu rufen. Ferner wurde beschlossen, dänisches Fleisch im großen für Rechnung der Stadt einzuführen und im Einzelhandel mit dem Fleischergewerbe zu möglichst billigen Preisen an die Konsumenten abzugeben. Die Preise sollen von der Kommission festgesetzt werden. Sodann wurde beschlossen, der Errichtung eines Seefischverkaufs näher zu treten.

Im führenden Zentrumsorgan Bayerns, dem „Bayern-Kourier“, wird an Beispielen gezeigt, wie das Bauernlegen auf die Fleischsteuerung wirkt. Das Blatt berechnet z. B., was die 27 Bauernanwesen in der Gemeinde Glonn liefern könnten, wenn sie nicht vom Baron v. Bülling d'Orville auf Zinneberg bei Glonn aufgekauft worden wären, wodurch die Gemeinde jetzt 400 Stück Rindvieh weniger zählt. Es schreibt: „Für die Ernährung des Volkes würden somit mehr erzeugt auf den 27 Höfen 966 Zentner Fleisch, 25 000 Liter Milch und 26 000 Eier, und das jedes Jahr. Dabei ist aber wohl zu beachten, daß auf den 27 Höfen 27 freie Bauernfamilien mit samt den notwendigen Diensthöfen, also mindestens 300 Personen, außer der angeführten Produktion mit Lebensmitteln versorgt wären, für die jetzt anderweitig Lebensmittel produziert werden müssen.“

Die amtliche „Statist. Korr.“ teilt die Preise mit, welche die einzelnen Fleischsorten in der ersten Hälfte des September an den 50 Hauptmärkten Preußens gehabt. Es ergibt sich daraus beim Vergleich mit den Preisen der zweiten Hälfte des August, daß im letzten halben Monat alle Fleischsorten weiter gestiegen sind, und zwar beträgt die Zunahme im Durchschnitt aller Marktkorte für das Kilogramm Rindfleisch 1,6 Pfg., Hammelfleisch 2,0, Schweinefleisch 2,3, Kalbfleisch 2,4 und Kofffleisch 2,6 Pfg. Daß das Kofffleisch, das nur für die arme Bevölkerung in Betracht kommt, am meisten im Preise gestiegen ist, ist ein besonderes Zeichen der Teuerungzeit.

Der Vorstand des Deutschen Städte- tags wird am 7. Oktober im Rathaus zu Köln a. Rh. darüber beschloß fassen, ob wegen der Teuerung der Deutsche Städte- tag zu einer außerordentlichen Tagung einberufen werden soll. Auf die Anfrage des Vorstandes beim Reichskanzler, welche Maßnahmen die Reichsregierung gegen die Fleischsteuerung in Aussicht genommen habe, ist eine Antwort bisher noch nicht erfolgt.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Der Kongress für Städtewesen in Düsseldorf.

Am Dienstag, dem zweiten Verhandlungstage, sprach der preussische Ministerialdirektor Dr. F r e u n d über Eingemeindung. In zweistündigem Vortrag zeigte er zunächst, wie unzulässig es sei, den Begriff des öffentlichen Interesses, aus dem Gemeinden wider ihren Willen zur Eingemeindung gezwungen werden können, erschöpfend durch die Gesetzgebung zu formulieren. Sehr berechtigt schilderte er die zahllosen Schwierigkeiten, die sich aus dem Zusammenwachsen zweier Reichsbildgrenzen ergeben. Die Zerstückelung der wirtschaftlichen Einheit und die übermäßige und unverträgliche Verteuerung der Verwaltung müssen zu den unerträglichsten Erscheinungen führen. Dazu kommt der beunruhigende Zustand unserer kommunalen Steuerverhältnisse und der Verteilung der Steuern auf mehrere Gemeinden, Betriebs- und Ruhigemeinden. Sehr deutlich ließ der Vortragende durchblicken, wenn er es auch nicht so klar aussprach, daß die preussische Regierung an einer Besserung der Verhältnisse durch den habsburgischen preussischen Landtag gehindert werde. — Die Stadt Berlin, die ganz besonders unter der Abwanderung steuerfähiger Einwohner in die Vororte leidet, hat in einer Petition vorgeschlagen, man möge auch die Steuern auf das Einkommen aus gemindertem Beschäftigung, also auf

das Einkommen von Lehrern, Beamten, Schriftstellern, Angestellten aller Art z. zwischen der Wohn- und der Betriebsgemeinde teilen. Der Vortragende erkennt diese Forderung nicht als berechtigt an, weil die Gemeinde dieses Einkommen nicht wie das aus Grundbesitz und Gewerbe durch ihre Aufwendungen verbessert. Vielleicht liegt eine Lösung der Frage auf dem Gebiete der englischen Ausgleichsteuer. London z. B. besteht aus 28 Gemeinden; in ihnen wird eine Steuer nach Maßgabe der Wohlhabenheit der einzelnen Gemeinden umgelegt und entsprechend der Bevölkerungszahl verteilt. Diese Idee einer Ausgleichsteuer scheint berufen, in unserer Steuergesetzgebung noch eine Rolle zu spielen. — Wenn Vorortsgemeinden sich erst voll entwickelt haben, widerlegen sie sich im allgemeinen dem Wunsch nach Eingemeindung. Deshalb ist es auch nicht mehr möglich, gegen den Widerspruch von Charlottenburg und anderen großen Berliner Vorortsgemeinden eine Zwangseingemeindung vorzunehmen. Dadurch ist die Regierung auf den Weg der Zweckverbandsgesetzgebung gedrängt worden, deren Ziel jedoch keineswegs ist, wirklich notwendige Eingemeindungen hinauszuhalten.

Eine Diskussion schloß sich an den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag nicht an. — In der Abteilung für städtischen Betrieb sprach Direktor R o r d t - Düsseldorf über Gasfernverjorgung. Er führte aus, daß bereits mehrere Gemeinden dazu übergegangen sind, ihr Gas von einer Fabrikzentrale zu beziehen. Namentlich in Amerika ist die Gasfernverjorgung in großem Umfange im Gebrauch. In Deutschland ist wohl die Gasfernverjorgungsanlage der englischen Gasgesellschaften in Berlin, die mit ihren Gaswerken in Mariendorf und Weißensee außer diesen Orten noch etwa 25 Städte und Gemeinden mit 500 000 Einwohnern mit Gas versorgt, die bedeutendste. Einen gewaltigen Aufschwung hat die Gasfernverjorgung durch die Verwendung von Koksogengas genommen. Heute werden bereits 45 Städte mit Koksogengas versorgt oder sind solche Lieferungsverträge abgeschlossen. Zweifellos wird die Koksogengasverjorgung weitere Fortschritte machen, zumal der Gasverbrauch stetig zunimmt. — Eine wichtige Rolle spielt die Frage der Reserve durch eine Wasfergasanlage. Größere Städte müssen diese Reserve unbedingt selbst herstellen, damit sie auf jeden Fall unabhängig von Störungen sind.

In der Diskussion betonte Direktor S c h o m b u r g - Gelsenkirchen, daß der Betrieb der Wasfergasanlage recht schwierig sei. Der Vortragende erwiderte, sie müßte trotzdem unter allen Umständen beibehalten werden, um Störungen gerüstet gegenüberzustehen.

### Nicht Verminderung, sondern Verstärkung der Schutztruppen in Südwest.

In der Denkschrift des Reichskolonialamts zum Kolonial-Stat für 1912/13 wird angedeutet, daß die Aufstandsgesfahr in Deutsch-Südwestafrika als endgültig beseitigt noch nicht angesehen werden kann, und deshalb die bisherige Stärke der Schutztruppe ungenügend sei. Es heißt in der Denkschrift: „Die verantwortlichen Stellen im Schutzgebiet glauben nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse bei allen als etwaige Gegner in Betracht kommenden Bestandteilen der Eingeborenenbevölkerung, daß mit neuen Umständen stets zu rechnen sein wird, sobald der Versuch auch nur einigen Erfolg verspricht. Die Stimmung der Eingeborenen ist in dieser Beziehung auch von den besten Kennern, wie die Erfahrung überall gelehrt hat, niemals zuverlässig zu beurteilen. . . . Daß zur sofortigen durchgreifenden Niederwerfung etwaiger Erhebungen nicht einmal die bisherige Stärke der Schutztruppe genüge, war insbesondere auch die in vierteljähriger afrikanischer Dienstzeit gewonnene Ueberzeugung des früheren Kommandeurs der Schutztruppe . . .“

In Ueberraschungen wird es also in der kommenden Reichstagsession nicht fehlen.

### Ostereich-Ungarn.

Zwei Erjagwahlen zum östereichischen Parlament. Am Montag fand im 9. m ä h r i s c h e n W a h l b e z i r k N e u t i t s c h e i n die Erjagwahl für das durch den Tod des Abgeordneten Ulrich erledigte Reichsratsmandat statt. Das Ergebnis ist folgendes: Abgegebene Stimmen 6648; von ihnen entfielen auf Wilhelm R i e h n e r (Sozialdemokrat) 2518, auf Dr. Bodirsky (deutschradikal) 2358, auf Angeli (christlichsozial) 961 und auf Kunovsky (deutschfortschrittlich) 805 Stimmen. Es findet also zwischen Riehner und Dr. Bodirsky eine Stichwahl statt, die für den 30. September anberaumt ist. Am Dienstag war Erjagwahl für den verunglückten Genossen Silberer im Wiener Bezirk Landstraße. Es erhielten Rudolf M ü l l e r (Sozialdemokrat) 6718, Prochazka (christlichsozial) 6072, Welter (deutschnational) 1593 und Kulka (deutschfreiheitlich) 555 Stimmen. Mit ihm ist Stichwahl zwischen Müller und Prochazka erforderlich.

### Rußland.

Das erste Rechnungsjahr. Aus Petersburg wird uns vom 21. September geschrieben: Nun ist es ein Jahr, seitdem K o k o w z o w an der Spitze der russischen Regierung steht. Als er nach der Ermordung seines Vorgängers Premier wurde, gaben sich viele der Hoffnung hin, daß nicht nur der Galgen nicht mehr solche Ernten aufweisen würde, sondern daß auch im System der Repressalien ein starker Umschwung eintreten dürfte. Sie boten auf sein konzilianteres Wesen, auf seine Abneigung vor grausamen Methoden, wie sie manchmal im Kabinett gegenüber Stolypin zum Ausdruck kam. Jetzt, nach einem Jahr, beweisen vielfache Zahlen, daß es eine Illusion war. Das Stolypinsche System lebt offenbar ungeschwächt fort, ganz gleich, ob Kokowzow daran seine Freude hat oder nicht. Was den Galgen anbelangt, so hat er sogar schlimmere Verheerungen angerichtet als im Vorjahre. Laut dem unvollständigen Registrierungen der Zeitungen haben die Kriegsgerichte während der Zeit vom 1. September (alt. St.) 1911 bis 1. September 1912 280 Todesurteile gefällt, und 105 Personen sind während dieser Zeit hingerichtet worden. Dabei ist eine wesentliche Steigerung im Verhältnis zur gleichen Zeitperiode des

Vorjahres zu konstatieren; da hatte es 225 Todesurteile und 47 Hinrichtungen gegeben.

Nach Monaten verteilt sich die Galgenernte folgendermaßen:

Im Monat	1910—1911		1911—1912	
	Zahl der Todesurteile	Zahl der Hinrichtungen	Zahl der Todesurteile	Zahl der Hinrichtungen
September . . .	60	2	29	6
Oktober . . . .	20	3	37	5
November . . . .	21	4	33	9
Dezember . . . .	12	4	26	4
Januar . . . . .	3	5	4	22
Februar . . . . .	10	4	23	4
März . . . . .	52	3	26	2
April . . . . .	1	14	3	—
Mai . . . . .	14	1	20	2
Juni . . . . .	13	2	23	9
Juli . . . . .	9	—	15	21
August . . . . .	10	5	41	21

Insgesamt 225 47 280 105

Die „Stolypinschen Kravatten“ haben also ihren Meister überlebt. Der Stolypinsche Geist lebt aber auch sonst und tritt vor allem in den Repressalien gegen die Presse besonders stark in die Erscheinung. Obwohl die Zeitungsorgane so zahlreich als möglich geworden sind, haben sie im vergangenen Jahre seit Beginn der konstitutionellen Ära die schwersten Repressalien erduldet. So haben ihre Redakteure während der Zeit vom 1. September 1911 bis 1. September 1912 301 Strafen in Höhe von 92 025 Rubeln entrichten müssen. Demgegenüber hatte es im Jahre 1910 nur 243 Strafen im Gesamtbetrage von 60 150 Rubeln gegeben. Außerdem haben in letzter Zeit wiederum die Gefängnisstrafen gegen Zeitungsredakteure in auffälliger Weise zugenommen.

### Amerika.

Neue Konstitution in Ohio. Die dem Staats-Referendum unterbreitete neue Konstitution von Ohio, dem industriellsten und volkreichsten Staate der Union nach Newyork, Pennsylvania und Illinois, hat die Sanktion des Volkes erhalten. Nur das Frauenstimmrecht ist gefallen, zum Teile durch Schuld der Frauen selber, die durch ihr Liebäugeln mit den Aposteln der Zwangsabstinenz vor allem die Opposition des deutschen Elements, das man konventionenfalls Bierphilisterium nennen kann, gegen sich entfesselt hatten. Die Frauen wollen im nächsten Jahre, entsprechend den Bestimmungen der neuen Verfassung, durch eine von zehn Prozent der Wähler unterzeichnete Petition ein neues, spezielles Referendum in der Frauenstimmrechtsfrage erzwingen, und daß sie dann bei klügerer Taktik gute Aussichten haben, unterliegt kaum einem Zweifel, denn aus der Annahme aller übrigen konstitutionellen Neuerungen ergibt sich von selbst, daß die Ablehnung des Frauenstimmrechts-Amendements diesmal nicht auf eine reaktionärer Herzengespinnung der wahlberechtigten Männer von Ohio schließen läßt. Im Gegenteile, der große und politisch von jeher sehr einflußreiche mittelwestliche Staat hat sich mit der Annahme der neuen Verfassung in die vorderste Reihe der demokratischen Staatswesen der Welt gestellt. Das Volksrecht der Initiative und des Referendums sind wohl die wichtigsten allgemein-politischen Errungenschaften der neuen Konstitution. Eine Petition von sechs Prozent der Wähler macht jedes vom Staatsparlament beschlossene Gesetz von der Approbierung durch das Volk abhängig. Ein neuer Gesetzesentwurf kann dem Parlament durch eine Petition von drei Prozent, ein Verfassungs-Amendement durch eine solche von zehn Prozent der Bürger unterbreitet werden. Auch sonst ist die Abänderung der Verfassung auf mehrfache Weise erleichtert worden. Dem Nichtstroller der Gerichte, gegen den sich der neue Radikalismus in Amerika, besonders auch die Roosevelt-Bewegung, in erster Linie richtet, sind die Flügel ordentlich beschnitten worden. Für die Arbeiter sind am wichtigsten das Verbot des Erlasses von Einhaltsbefehlen in wirtschaftlichen Streitigkeiten, der Achtstundentag für Staats- und Gemeindefunktionäre und die Zulässigkeit von Gesetzen zur allgemeinen Regelung der Arbeitszeit und zur Festsetzung von Minimallohnen.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 26. September.

Kampfszeiten durchlebt gegenwärtig das deutsche Proletariat. Immer unversöhnlicher scheidet sich Lüben und Drüben. Auf der einen Seite stürmische Vermehrung des kapitalistischen Reichtums, auf der andern Seite grenzenloses, unerbittliches Elend.

Schmer leidet das Volk unter der herrschenden unerhörten Teuerung aller Lebensmittel. Im Kampfe gegen die Teuerung hat die sozialdemokratische Presse die Führung übernommen, während die bürgerlichen Blätter das darbennde Volk in frivoler Weise verhöhnen. Troghem gibt es noch sehr viele dieser Verhöhnern, die diese selbe Presse durch Abonnement unterstützen. Da bietet sich für die Parteigenossen ein dankbares Feld der Betätigung. Die Zeit für Gewinnung neuer Abonnenten für den „Lübecker Volksboten“ ist außerordentlich günstig. Sie muß von den Parteigenossen geschickt ausgenutzt werden. Am 1. Oktober beginnt ein neues Quartal. Neue Leser und neue Streiter für die Sache der Arbeiter müssen zu diesem Zeitpunkt geschaffen werden.

Parteigenossen! An die Arbeit!

Hilfe, Polizei! Diesen Ruf läßt ein Spießher im hiesigen „G.-A.“ erschallen, und zwar in folgendem „Eingelände“:

Wenn wir Anwohner der Hauptstraßen schon an und für sich sehr unter nächtlichen Ruhestörungen zu leiden haben, so kann ich nicht umhin, die Auslassungen in der Nacht vom Sonntag auf Montag kurz zu erwähnen. Außer Abschreien der modernen Schläger unter Begleitung von Gepeife und Gejohle, fand um die Mitternachtsstunde in der Nähe der K ö n i g s - und J o h a n n i s t r a ß e eine ziemlich heftige anhaltende Schlägerei statt, die mit blutigen Nasen und furchtbarem Spektakel sich von selbst auflöste ohne jedes polizeiliche Eingreifen. Lieben sich diese Gezele nicht durch Stationierung eines Beamten an der oben er-

wählten Straßenecke vorbeugen zumal wegen der fast täglich in der Johannisstraße stattfindenden Versammlungen. Soll man sich denn von halb wüchsigen Burschen die so unentbehrliche Nachtruhe nehmen lassen? F. W. B.

Die ehle schlafmüchtige Seele tut so, als ob es die aus dem Gewerkschaftshaus kommenden Versammlungsteilnehmer wären, die Spektakel machten und anderen die Nachtruhe störten. Dabei steht doch fest, daß es überall gerade die „goldene“ Jugend, d. h. die „halbwüchsigen Burschen“ des wohlhabenden Publikums sind, welche am Spektakel und Unfug ihr größtes Vergnügen finden. Unter solchen Umständen reicht das obige Eingeladene sehr nach einer nichtswürdigen Verleumdung der organisierten Arbeiterschaft, deren Heim sich bekanntlich in der Johannisstraße befindet. Wahrscheinlich gehört der biedere F. W. B. zu den Leuten, die sich früher, als sie noch halb wüchsige Burschen waren, nachts die Kehle wund geohlt und sich den Teufel um die Nachtruhe anderer gekümmert haben, aber nun, da ihre Stimmen eingetroffen sind, nach der Polizei schreien, weil einmal ein anderer das gleiche getan hat, was sie früher als ihr Recht ansahen.

Ein interessantes Experiment. In der Zeitschrift „Frauenbildung“ macht die hiesige Oberlehrerin M. Heinemann Angaben über ihren Versuch, in einer Lübecker Mädchenschule die Selbstverwaltung durch die Schülerinnen zu erproben. Im vorigen Jahre wurde der Versuch begonnen, über dessen Gelingen die Oberlehrerin schreibt: „Ich hatte außerordentlich temperamentsvolle Mädchen vor mir, die sich durch ihre ausgelassene Wildheit häufig ihr Zeugnis verdarben. Tadel und Strafen hatten wenig gefruchtet. Da versuchte ich es mit der Selbstverwaltung — mir lag daran, den überschüssigen Kraft in die richtigen Bahnen zu lenken. Mein Vorschlag wurde mit Begeisterung aufgenommen. Es wurde genau bestimmt, was die verschiedenen Beamtinnen zu tun hätten. Die Kinder fanden mancherlei heraus, woran ich noch gar nicht gedacht hatte. Im allgemeinen handelte es sich um die üblichen Ämter, die sonst vom Lehrer verteilt werden. Dann wurde zur Wahl geschritten, und zu meiner Überraschung wurden die Elemente gewählt, die als größte Unruhmisler in der Klasse bekannt waren. Aufpasserin vor der Stunde wurde ein kleines Mädchen, das gern lange schlief und daher öfter zu spät kam. In den Pausen hatten zwei die Aufsicht, die bekannt waren wegen des Lobens und Laufens. Eine von ihnen war eine sitzengebliebene Schülerin, die im Ordnungszeugnis „Unge-nügend“ gehabt hatte. Auch von den sogenannten Muster-schülerinnen wurden einige gewählt, um für Ordnung in den Klassenstufen zu sorgen.“ Dann wurden mit den Kindern gemeinsam die Strafen festgesetzt, wobei die Schülerinnen durchweg härtere Strafen verlangten als die Lehrerinnen. Bei großer Vergesslichkeit sollten Gedächtnis auswendig gelernt werden; wenn eine Schülerin dauernd nicht still saße, sollte sie 10 Minuten während einer Unterrichtsstunde ruhig stehen (das heißt die Kinder selbst schlugen eine volle Stunde vor, was ich dann auf 10 Minuten reduzierte). Wer Papier oder Apfelsinenschalen in die Klasse oder auf den Hof wirft, solle 8 Tage mittags nach Schluß die Papierstücke auf dem Hof auf sammeln. Wer dauernd lärme, solle eine Arbeit schreiben über Selbstbeherrschung oder Schulordnung oder ähnliches. Nun wünschten die Kinder noch eine höchste Strafe festzusetzen, falls sich jemand einmal ganz schlimm vergangen habe. Es wurde Ausschluß von der Klassengemeinschaft vorgeschlagen auf 8 Tage. Als ich ihnen das als viel zu hart verwies, ließen sie die Hälfte ab. Aber auch das erschien mir zu viel, und so einigten wir uns auf einen Vormittag. Diese Strafe sollte aber nur bei schweren Fällen verhängt werden und nur mit meiner Genehmigung. Das ist der berühmte Klassenbann, der in Lübeck so viel böses Blut gefeßt hat. Ich wäre nie auf den Gedanken gekommen, diese Strafe selbst vorzuschlagen.“ Die Einrichtung bewährte sich vortrefflich; schon die ersten Beamtinnen sorgten für Ordnung und Disziplin, und gerade die Mädchen, die früher im Anstehen von Dummheiten Führerinnen gewesen waren, wurden es nun in der Durchführung der neuen Gesetze. Alle vier Wochen ist Neuwahl der Beamtinnen und freie Aussprache. Im allgemeinen sind die Kinder stolz darauf, von ihren Kameradinnen gewählt zu werden. Ich habe häufiger von Schülerinnen den Wunsch äußern hören, wenn sie doch auch mal drantämen. Ein sehr lebendiges Kind, das sich dringend gewünscht hatte, ein Amt zu bekommen, war allerdings schon nach acht Tagen in heller Verzweiflung. Sie könne die Klasse nicht in Ruhe halten, klagte sie. Als wir untersuchten, woran es denn läge, stellte sich heraus, daß sie selbst immer den meisten Lärm machte bei ihren Versuchen, Ruhe herzustellen. Die Klasse versprach darauf, ihr zu helfen. Zu einem glänzenden Resultat ist es allerdings nie gekommen. Aber eins hat sie wenigstens gelernt: daß das Regieren durchaus nicht leicht ist. Als nach vier Wochen eine andere gewählt wurde, gab sie sich die größte Mühe, dieser ihr Amt leicht zu machen. Schülerinnen, die sich etwas hatten zuschulden kommen lassen, wurden von ihren Gefährtinnen mit Vorliebe gewählt. Man wollte ihnen gleichsam Gelegenheit geben, sich zu rehabilitieren. Die Verfasserin hält die Selbstverwaltung für ein treffliches Mittel, „starke temperamentsvolle Naturen, die unter dem reinen Zwang leicht zu Anführern werden gegen alles, was Ordnung und Gesetz heißt, zu Hütern des Rechts zu machen, ihren überschüssigen Kraft, ihren Drang nach Freiheit in die rechten Bahnen zu lenken. Es handelt sich hier meistens um Naturen, die in der Schule über die Stränge schlagen, die dem Lehrer nicht bequem sind, aus denen aber im Leben oft die tüchtigsten Menschen werden.“

zum Mord an der Travemünder Chaussee. Wir haben gestern bereits darauf hingewiesen, daß die beiden Mordge- sellen schon mancherlei auf dem Kerbholz haben. Den bereits bekannten Fällen reihen sich noch einige weitere an, von denen jedoch nicht alle für die Verbrecher von Erfolg gekrönt waren. Der eine derselben, Landherr, der übrigens keinen unympathischen Eindruck machte, hat seine ganzen Erlebnisse von frühesten Jugend an in einem Tagebuche niedergelegt, das sehr mancherlei Interessantes enthält. Bemerkenswert ist eine Stelle desselben, aus der hervorgeht, daß er sein jetziges Schicksal vorausgesehen hat. — Die beiden Burschen zeigen bei den Vernehmungen eine ziemliche Ruhe.

Ein furchtbarer Unglücksfall. In der Norddeutschen Wästenfabrik erlitten gestern nachmittag beim Auflegen eines Niemens die beiden Schlosser Rohmann und Wiggers sehr schwere Verletzungen. Dem verunglückten Rohmann wurden eine Anzahl Zähne ausgeschlagen und der Mund schwer verletzt. Wiggers hingegen erlitt schwere innere Verletzungen. Die Bedauernswerten wurden dem Krankenhaus zugeführt, wo Wiggers, der Vater von drei Kindern war, inzwischen gestorben ist.

Rohnbewegung der Tabakarbeiter. Der Zigarrenfabrikant G. Beuthin, Dornestrasse, hat mit der hiesigen Zahlstelle des Tabakarbeiterverbandes einen Lohn- und Arbeitstarif abgeschlossen und bezahlt den vereinbarten Lohn.

Zum Mord an der Travemünder Chaussee. Wir haben gestern bereits darauf hingewiesen, daß die beiden Mordge- sellen schon mancherlei auf dem Kerbholz haben. Den bereits bekannten Fällen reihen sich noch einige weitere an, von denen jedoch nicht alle für die Verbrecher von Erfolg gekrönt waren. Der eine derselben, Landherr, der übrigens keinen unympathischen Eindruck machte, hat seine ganzen Erlebnisse von frühesten Jugend an in einem Tagebuche niedergelegt, das sehr mancherlei Interessantes enthält. Bemerkenswert ist eine Stelle desselben, aus der hervorgeht, daß er sein jetziges Schicksal vorausgesehen hat. — Die beiden Burschen zeigen bei den Vernehmungen eine ziemliche Ruhe.

Ein furchtbarer Unglücksfall. In der Norddeutschen Wästenfabrik erlitten gestern nachmittag beim Auflegen eines Niemens die beiden Schlosser Rohmann und Wiggers sehr schwere Verletzungen. Dem verunglückten Rohmann wurden eine Anzahl Zähne ausgeschlagen und der Mund schwer verletzt. Wiggers hingegen erlitt schwere innere Verletzungen. Die Bedauernswerten wurden dem Krankenhaus zugeführt, wo Wiggers, der Vater von drei Kindern war, inzwischen gestorben ist.

Rohnbewegung der Tabakarbeiter. Der Zigarrenfabrikant G. Beuthin, Dornestrasse, hat mit der hiesigen Zahlstelle des Tabakarbeiterverbandes einen Lohn- und Arbeitstarif abgeschlossen und bezahlt den vereinbarten Lohn.

Zum Mord an der Travemünder Chaussee. Wir haben gestern bereits darauf hingewiesen, daß die beiden Mordge- sellen schon mancherlei auf dem Kerbholz haben. Den bereits bekannten Fällen reihen sich noch einige weitere an, von denen jedoch nicht alle für die Verbrecher von Erfolg gekrönt waren. Der eine derselben, Landherr, der übrigens keinen unympathischen Eindruck machte, hat seine ganzen Erlebnisse von frühesten Jugend an in einem Tagebuche niedergelegt, das sehr mancherlei Interessantes enthält. Bemerkenswert ist eine Stelle desselben, aus der hervorgeht, daß er sein jetziges Schicksal vorausgesehen hat. — Die beiden Burschen zeigen bei den Vernehmungen eine ziemliche Ruhe.

Im. Im Hansa-Theater tritt jetzt Otto Reutter für wenige Tage auf. Wer Otto Reutter ist? Nun, es ist ohne jede Frage der beste deutsche Humorist, der überall, wo er auftritt, Beifallsstürme entfesselt und dem zuzuhören man nie müde wird. Und mit wie einfachen Mitteln wirkt Reutter! Im Gegenjag zu den meisten seiner Kollegen, deren „Humor“ darin besteht, Joten zu bringen oder blöde Kom- mits- und Zudenwige, oder in möglichst absurdem Kostüm (rote Glühnase z. B.) aufzutreten, wirkt Reutter durch die Natürlichkeit und Einfachheit seiner Person. Dazu der Inhalt seiner Couplets. Keines hat man je gehört, es sind nur e-igene Sachen die Reutter bringt und zwar in glänzender Aufmachung. Auch tragische Töne glücken ihm und vor allem das politische Gebiet. Sein Lied als Mutter Germania über die fünf Kanäle ist eine Musterleistung. Ebenso die Satiren auf die deutsche Bureauplatz, das gefährliche Alter usw. Reutters Ruf und Leistungen entsprechen auch seine Honorare, er ist zweifellos auch der bestbezahlteste Humorist, weshalb ihn kleinere Städte fast nie zu hören bekommen. Wenn es jetzt der Direktion des Hansa-Theaters trotzdem ge- lungen ist, Reutter für 5 Tage als Gast zu bekommen, so verdient das anerkannt zu werden und empfehlen wir jedem, sich den Genuß nicht entgehen zu lassen. Reutter wurde gestern vom hiesigen Publikum auch jubelnd aufgenommen und von ihm immer neue Zugaben verlangt. Und er ging immer wie- der darauf ein, so daß sein Auftreten eine volle Stunde dauerte, ein Begebnis, das sich übrigens in allen Städten wiederholt, wo Reutter auftritt. Er ist eben ein wirk- licher Humorist und ein Künstler, und die sind sehr, sehr dünn gesät! Anerkannt muß auch werden, daß auch das übrige Programm sich sehen lassen kann und alle Auftretenden sich bemühen, gutes zu leisten. Wie uns die Direktion mitteilt, dauert das Otto-Reutter-Gastspiel nur einige Tage und zwar bis Montag, den 30. September inklusive. Um nun den vielen Anfragen zu begegnen, sei nochmals darauf hingewiesen, daß für das Otto-Reutter-Gastspiel schon bis zum letzten Tage im Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt, die Billetts zu haben sind. — Sonntag nachmittag 4 Uhr findet große Fremden- und Volksvorstellung zu kleinen Preisen statt. Wir weisen aber darauf hin, daß Otto Reutter in der Nachmittags-Vor- stellung nicht auftritt, sondern nur in der Abend-Vorstellung.

Wesentliche Trinterfürjorgestelle Lübeck (Parade 1). Nächste Sprechstunde am Freitag, den 27. ds. Mts., abends 6-7 Uhr.

e. Stokelsdorf. Die Monatsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins fand am Dienstagabend bei Paetau-Fackenburg statt. Der Besuch ließ zu wünschen übrig. Der Vorsitzende sprach über die bevor- stehende Gemeinderatsersatzwahl, hauptsächlich über das Verhalten der Bürgervereins-Mitglieder beim Rathaus- bau; dieser soll jetzt herhalten, um uns aus dem Gemein- de-rat zu verdrängen. Wer war es denn, der die Gemeinde- steuern von 27 1/2 Prozent auf 180 Prozent ermäßigte? Die Ruten! Darum lasse sich keiner von den Bürgerlichen be- tören. — In das Wahlkomitee für die Gemeinderats- ersatzwahl wurden die Genossen F. Evers, Th. Fric, Aug. Stühr, Aug. Voeh und Th. Böge gewählt. Betont wurde noch, daß auf Antrag der Gemeinderat bei Be- währung des Bürgerrechts von dem dreijährigen Wohnsitz absehen kann.

Brecc. Großfeuer. Am Mittwoch morgen entstand im Etablissement „Schützenhof“, Bessiger Böcker, ein Feuer, dem das ganze Gewebe, Wohnhaus, Saal und Scheune, zum Opfer fiel. Eine weitere Scheune wurde durch das Eingreifen der Feuerwehr gerettet. Das Feuer ist auf bisher unaufge- klärte Weise auf dem Boden entstanden.

Hamburg. Geständnis eines Mörders. Am 11. August d. J. wurde, wie berichtet, in der Nähe der Farmseener Rennbahn am Ziegelweg auf Hirschfelder Ge- biet die Leiche des galizischen Arbeiters Wasil Wasplaszyn mit zertümmertem Schädel aufgefunden. Uhr nebst Kette und Papiere des Ermordeten fehlten. Der Tat verdächtig und bald darauf festgenommen wurde der ruthenische Ar- beiter Stefan Danzuc, der mit W. zusammen ein Logis am Kupferdamm in Farmien bewohnte und mit diesem zu- legt am 30. Juli gesehen worden war. Es wurde ermittelt, daß D. die Uhr nebst Kette des Opfers inzwischen an einen anderen Arbeiter verkauft hatte, auch fand man die vermis- sten Papiere bei ihm vor. Der Verhaftete gab nun an, die Uhr von W. schon längere Zeit vorher gekauft und die Pa- piere aus dessen Kommode genommen zu haben. Weides er- wies sich als wahr. Den Mord bestritt er entschieden. Nun- mehr hat der Hamburger Kriminalwachmeister Brewer fest- gestellt, daß der mutmaßliche Mörder die Uhr an W. zurück- verkauft und nach der Tat wieder an sich genommen haben muß, daß er ferner aus der Kommode nur einen Teil der Papiere entnommen und den Rest ebenfalls aus den Taschen der Leiche genommen hat. Während des letzten Verhörs vor dem Untersuchungsrichter in Altona hat nun der Beamte infolge der erdrückenden Beweise den Danzuc zum umfassen- den Geständnis gebracht.

Hamburg. Erweiterung des neuen Hafens in Cuxhaven. Der Bürgerschaft ist gestern Abend eine Mitteilung des Senats zugegangen, wonach der Senat be- antwortet, daß für die Erweiterung des neuen Hafens in Cux- haven 8 800 000 Mark und zur Ausführung besonderer An- lagen für die Hamburg-Amerika-Linie 360 000 Mk. bewilligt werden und die Finanzdeputation ermächtigt wird, diese Be- träge auf dem Anleihewege zu beschaffen.

Altona. Sittlichkeitsverbrechen im Armen- haus. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde vor der Strafkammer II des Altonaer Landgerichts gegen den Ökonomen des Gemeindearmenhauses in Hajeldorf, Oskar Rump, verhandelt. Dieser 60 Jahre alte Mann soll sich an Mädchen, die seiner Obhut unterstellt waren, vergangen haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Das Ur- teil lautete auf acht Monate Gefängnis.

Neumünster. Maßnahmen gegen die Teuerung. Die gegenwärtige Teuerung, insbesondere die Fleischteu- erung, beschäftigte am Montag die von leiten des Stadtver- ordnetenkollegiums eingesetzte Kommission. Anerkannt wurde von sämtlichen Anwesenden die gegenwärtige Teuerung. In den nächsten Tagen soll eine Sitzung der städtischen Kollegien einberufen werden, die sich mit folgendem in der Kommission beschlossenen Antrag beschäftigen wird: An den Bundesrat und Reichstag eine Eingabe zu richten, in der gefordert wird: die sofortige Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermittel, der Grenzsperr für die Einfuhr von Schlachtvieh, des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, der Einfuhr- schein. Außerdem wird die Kommission wegen der Einfuhr von Gefrierfleisch sowie lebendem Vieh mit den in Betracht kommenden Körperschaften Verhandlungen führen.

Kiel. Der wegen der bekannten Aktien- fälschungen verhaftete Direktor Neudeck soll, wie die bürgerliche Presse berichtet, in der Unter- suchungshaft Zeichen von Geistesstörung an den Tag legen. Er soll wirre Antworten geben und nicht imstande sein, den Verhandlungen zu folgen. Es wird sogar behauptet, N. sei gar nicht in dringender Geldverlegenheit gewesen, sondern habe sich dies nur eingebildet. Man nimmt an, daß N. an beginnender Paralyse leidet. Sollte dies wirklich der Fall

sein, dann könnte N. für seine Tat natürlich nicht strafrecht- lich zur Verantwortung gezogen werden.

Kiel. Es geht vorwärts! Am Sonntag und Montag findet hier der sozialdemokratische Parteitag für Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lü- beck statt. Der von der Agitationskommission erlassene Fahresbericht legt Zeugnis ab von einem weiteren regen Wachstum der Partei in diesem Bezirk. Die Mitgliederzahl stieg von 44 527 auf 50 821 oder um 13,2 Proz. Hieron entfallen auf das Fürstentum 1850 Mitglieder. Im Gesamt- bezirk entfallen auf je 100 sozialdemokratische Reichstags- wähler 33,7 Mitglieder der Partei; im Fürstentum 34,9. An der Spitze marschiert hier der 6. Kreis (Eimshorn-Pinne- berg) mit 52,6 Proz. Die Zahl der Ortsvereine stieg von 107 auf 113, die Gründung einiger weiterer Ortsvereine wird beabsichtigt. Die Leserzahl der im Bezirk erscheinenden Parteiblätter beträgt 45 040. Hieron entfallen auf den „Lübecker Volksboten“ 959 Leser gegen 863 im Vor- jahr und 745 in 1910. Die „Schleswig-Holsteinische Land- post“, die jetzt auf ein fünfjähriges Bestehen zurückblickt, wird allmonatlich an mehr als 25 000 regelmäßige Bezahler versandt. Bei der letzten Reichstagswahl hat sich die „Landpost“ als ein sehr gutes Agitationsmittel erwiesen. Insgesamt wurde die „Landpost“ im vergangenen Jahre in 515 550 Exemplaren verbreitet. Der in dänischer Sprache erscheinende „Røde Bogbud“ wurde insgesamt in 35 850 Exemplaren verbreitet. Die Landagitation wurde sehr eifrig betrieben, und, wie das Resultat der Reichstagswahl im Bezirk beweist, nicht ohne Erfolg. Sehr erfreulich ist auch der Fortschritt des Land- arbeiterverbandes. Während er Ende 1910 erst 700 Mit- glieder zählte, waren es Ende 1911 schon 1472, die sich auf 44 Ortsgruppen verteilen, dazu kommen noch etwa 100 Ein- zelmitglieder. Die Zahl der Jugendausschüsse stieg von 24 auf 27. Zur planmäßigen Anregung und Förderung des Bildungswesens in Schleswig-Holstein ist ein Bezirks-Bil- dungsausschuß mit dem Sitz in Kiel gegründet worden. Bei den Stadtverordneten- und Gemeindevertreterwahlen wurden im letzten Jahre wieder eine Anzahl neuer Sitze erobert. Die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten beträgt jetzt 48, die der Gemeindevertreter 186. Die Reichstagswahl brachte uns 113 349 Stimmen, das sind 14 045 mehr als 1907. In unserem Besitz sind die beiden Mandate von Altona und Kiel. Die von den Kreisen zur Reichstagswahl verausgabten Kosten belaufen sich auf 99 976,27 Mk. Die Bezirkskasse hatte eine Einnahme von 47 162,56 Mk. und eine Ausgabe von 41 167,90 Mk. zu verzeichnen.

Geestemünde. Der Streit der Holzplakar- teiler wurde mit einem Teilerfolge beendet. Durch die Lohnbewegung, die unter maßhaftem Zuzug von Arbeits- willigen, namentlich aus der Stadt Hannover, zu leiden hatte, wurde erzielt, daß eine Wesperrpause bewilligt wurde, die es bisher nicht gab. Ferner wurde eine Lohnhöhung in Aussicht gestellt. Auch wurden sämtliche Ausständigen wieder eingestellt.

Apenrade. Landrätl. Gesetzkennntnis. Der durch seine Wünschelrutenkunstide bekannte Landrat v. Usar in Apenrade ging gegen einen Ortsrentenver- ordnung mit Straferfüllungen vor, weil der angestellte Kassierendant Ausländer war. Bevor die gegen den Landrat erhobene Klage vor dem Schleswiger Bezirksauschuß zur Verhandlung kam, hatte er einen neuen Rentanten ein- gesetzt und die Kasse mit allem, was dazu gehörte, auf einem Handwagen nach dem Kreishause fahren lassen. Der Be- zirksauschuß hatte den Landrat sogleich darüber belehrt, daß im Gesetz nirgends eine Vorschrift über die Staatsangehörig- keit des Kassierendants enthalten ist, und daß kein Vor- gehen daher jeder gesetzlichen Grundlage entbehre. Die Kasse mußte also wieder ausgeliefert werden. Nun aber klagte der Kassierendant auf Schadenersatz. Die Regierung verlangte Einstellung des Verfahrens, da dem Landrat nur ein Rechtsirrturn, nicht aber Fahrlässigkeit zur Last falle. Das Oberverwaltungsgericht ist jedoch anderer Meinung. Es erklärte die Erhebung der Klage auf Schadenersatz für zu- lässig mit der Begründung, daß dem Landrat bei einiger Ueberlegung nicht zweifelhaft sein konnte, daß ein Ausländer zum Rentanten ernannt werden könne. — So geht es, wenn man sich mit der Wünschelrute statt mit dem Gesetze beschäftigt.

Sche. Mordversuch und Selbstmord. Mitt- woch nachmittag verletzten die in der Hafentrasse wohn- ende Briefträger Meyer seine Schwelger- mütter und seine Frau durch mehrere Revolvergeschüsse sehr schwer und tötete sich dann selbst durch einen Revolvererschuß. Der Tat sollen Gezwistigkeiten zugrunde liegen.

Schwerin. Eine Einigung in der Steuer- reform. Die Verhandlungen über die Steuerreform, die von den betreffenden Ausschüssen in letzter Zeit in Rostock geführt worden sind, sind zu Ende geführt worden. Wie es heißt, ist über die wichtigsten Differenzpunkte eine Einigung erzielt worden, so daß auf dem nächsten demnächst in Mal- chin stattfindenden Landtag dieses für Mecklenburg so be- deutungsvolle Gesetzgebungswerk voraussichtlich zur Verab- schiedung gelangen wird. Garren wir also der Dinge, die da kommen werden.

Bremen. Streik in einer Bremer Schofo- ladenfabrik. Dienstag morgen haben die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Hagemann & Co., Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik, die Arbeit niedergelegt. Die bitterste Not hat die Streitenden zur Arbeitseinstellung getrieben wurden doch den Arbeiterinnen noch Stundenlöhne von 18 Pfg., den Arbeitern solche von 30-40 Pfg. bezahlt. Die Firma hielt es nicht für nötig, auf die Forderung, die in einer Lohnhöhung von etwa 10 Prozent bestand, eine Ant- wort zu geben. Sie lehnte auch den am Montag von der Organisationsleitung unternommenen Versuch ab, die Sach- auf gütlichem Wege zu regeln. Dem Streik haben sich fast alle im Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen angeschlossen.

Oldenburg. Erschossen. Beim Beerenpflücken wurde die 12jährige Tochter der Witwe Gerdes von der bei seinen Schwiegereltern zu Besuch weilenden Malermeister Wilhelm Wob aus Olden aus Unvorsichtigkeit erschossen. Beim Schießen nach einer Scheibe hatte er nicht bemerkt, daß da- rin mit der Mutter und einer Schwester den Platz, in dessen Richtung die Scheibe stand, betreten hatte. — Ein Zigeuner unta hat der letzte Sonntag gebracht: In Streit mit einem Pferdehändler verwundete ein herum- reißender Zigeuner den Schlachter Vollegraf durch eine Revolvererschuß. Er wurde schwer, wenn auch nicht tödlich verletzt. Der Zigeuner entfloh und konnte bis jetzt nicht ge- griffen werden. — Großfeuer. In Wurhave ist der Gasthof „Zum eisernen Kanzler“ einem Feuer zum Op- fer gefallen.

Briefkasten. Zwei Streitende. Am 50. Geburtstag hat man in fünfzigstes Lebensjahr vollendet und tritt in das 51. ein. Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiet“ und die mit P. L. bezeichneten Kritiken: Paul Schmidt für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Steiner. Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Die Rosa zwielt Jahr ein Jahr aus, ist eine vergnügte Seele, sie gibt morgen wohl lüthen ut und wir nicht lassens fehlen. Drum wünsch wir zu ihrem Fest der Rosa ja das allerbest, viel Glück und Segen und ein langes Leben. Das wünsch die drei dürstigen Seelen. Op se sit wohl wat marken ist, dor dröben an de Gk. (3621)

### Danksagung.

Für die innige Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen, insbesondere Herrn Pastor Müller für seine trostreichen Worte unseren tiefgefühlten Dank. (3617)

W. Meetz und Familie.

### Gesucht ein Malergehilfe

3624 H. Wede, Wahnstr. 68, I.

### Ein leeres Zimmer

zu vermieten. (3634) Schwartauer Allee 86, part.

Gesucht z. 1. Januar eine abgeschl. 3-Zimmer-Wohnung von Leuten mit einem Kind vor dem Hofstentor, im Preise bis 220 Mk. Offerten unt. P E an die Exp. d. Bl. (3618)

Zu mieten gesucht eine Wohnung, entg. 3 Zimmer eventl. mit Laden. Offerten mit Preisangabe unter S J 10 an die Exp. d. Bl. (3628)

### Ein guter stark. Kinderwagen

billig zu verkaufen. (3620) Kahlförststraße 44a, part.

Ein dunkelblauer Kinderwagen mit Gummireifen billig zu verkauf. Preis 8 Mk. (3630) Engelsgrube 43/18.

Ein guterhaltener Kinderwagen mit Gummireifen zu verkaufen. Preis 6 Mk. (3631) Glockengießerstraße 58/12.

Eine Trittnähmaschine zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter M R an die Expedition dieses Blattes. (3626)

**Konzert-Zither** (Münchener) guterhalten, preisw. zu verk. Sadomast. 21, I. r. Werktag nach 6 Uhr abends. (3622) Zitta 5 Stück verschiedene Obstbaumstämme, zirka 2 m lang, 20 bis 30 cm Durchm. und ein Gartentisch zu verk. Zu besehen n. 6 Uhr. (3616) Schützenstraße 20, part.

### Haus

worin seit langen Jahren eine Krämerei mit gutem Erfolg betrieben wurde, soll sofort billig verkauft werden. Passend als Nebenerwerb für die Frau. Käufer wohnt fast frei. (3614)

H. Busch, Huxstraße 123.

### 3 Hunde zu verkaufen.

(3632) Untertraven 19-29.

### Damenhüte

werden schif und sehr billig garniert (3612) Weltthoffstraße 19.

Prima Bengleinen, Handarbeit. Rich. Köhling, Seilerwaren, (3627) Röntgenstraße 121.

### Ausgekämmtes Haar

wird gekauft Damen-Frisier-Salon, (3196) Breite Straße 54.

### Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der Buchdruckerei des F. V. Volksboten.

# Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.

## Achtung Mitglieder!

Mit dem 30. September schliesst unser Geschäftsjahr. Zur Feststellung des Umsatzes der Mitglieder müssen die in der Zeit vom 1. Oktober 1911 bis 30. September 1912 bei den Einkäufen erhaltenen Marken, soweit sie volle zwanzig Mark betragen, und die Mitgliedsbücher in der Zeit

## vom 1. bis 10. Oktober 1912

in den Warenabgabestellen abgeliefert werden. Nur in dieser Weise abgelieferte Marken können zur Berechnung der Rückvergütung in Betracht gezogen werden.

Nach dem 10. Oktober abgelieferte Marken haben keine Gültigkeit.

Etwa den Betrag von 20 Mk. nicht erreichende Marken sind im Oktober—November 1912 beim Umtausch zu verwenden.

Die bei der Ablieferung erhaltene Quittung bitten wir sorgfältig aufzubewahren, da nur gegen Rückgabe derselben die Rückvergütung ausbezahlt wird.

Der Vorstand.

3613

Ein wertvolles Buch für jedermann ist

# Der Ratgeber

für das praktische Leben.

Hand- und Nachschlagebuch für alle Angelegenheiten; praktischer Hausarzt und Rezeptbuch nebst einem Anhang enthaltend: Wörterbuch der neuen Rechtschreibung, Zinsenberechnungs- u. andere Tabellen. — 1200 Illustrationen und Kunstbeilagen.

Preis dieses 1200 Seiten starken Werkes 2,75 Mk.

nach auswärts 50 Pfg. Porto zu.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

3615)

Billigste Einkaufsquelle für

## Bettfedern und Daunen.

Blücherstraße 27. M. Otto Blücherstraße 27.

Bezug direkt von der Gänse-Mastanstalt. Muster gratis und franko.

## Kranken- und Sterbe-Kasse gewerblicher Arbeiter.

(G. S. Nr. 24.)

## General-Versammlung

am Montag, dem 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal 1912.
2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand.

3611)

Mitgliedsbücher sind vorzuzzeigen.

## Restaurant Erholung Israelsdorf.

H. Dieckelmann.

(3628)

Heute Donnerstag:

## Benefiz-Ball der Bedienung.

Anfang 8 Uhr.

Straßenbahnverbindung bis nach Schluß des Balles.

Anfang 8 Uhr.

## Hansa-Theater.

8 1/2 Uhr. Täglich Gastspiel 8 1/2 Uhr.

## Otto Reutter

nebst 10 Spezialitäten.

Sonntag, nachmittags 4 Uhr:

Gp. Fremden- u. Volksvorstellung zu kleinen Preisen.

Abends 8 1/2 Uhr: Otto-Reutter-Gastspiel.

Vorverkauf bei Sager, Kohlmart.

Abends 11 Uhr. Kabarett. Abends 11 Uhr. (3625)

Norddeutschlands schönstes und vornehmstes Kabarett.

Gute Weine! Die ganze Nacht geöffnet! Gute Weine!

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von Lübeck Otto Albers Kohl. Markt 4 10

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Leberhosen	2.20—6.45
Maurerhosen	2.60—6.75
Schlosserhosen	1.88—5.25
Itberziehhosen	1.08—2.35
Zwinnhosen	1.68—3.25

leinen Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Rajen, Penden, Schlachterjacken, Feilerjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von 30 Pfg. bis 1.88 Mk. Note Lubecam.

## Carl Folkers

## Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

100) Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet : Bei Barzahlung Rabatt.

Gehe rote Lubeca-Rabattmarken.

## Johannes Holst

Kohlmarkt 6 und Markt 6.

Spezialit.: Arbeitergarderoben.

Meine Hauptpreislagen sind:

gestr. Leber-Hosen 2.45 2.95 3.65

4.— 4.75

blaue Pilot-Hosen 2.45 2.95 3.35

869) 4.45 5.20 5.95

Pilot-Schmitt-Hosen 4.85

Schlosserhosen 1.40 1.78 2.40

Schlosser-Jacken 1.50 1.95

2.40

Manschester-Hosen 4.85 5.50

6.95 8.75

Manschester-Schmitt-Hosen von

M. Mosberg 8.00

Maurer- u. Zimmerer-Hosen von

M. Mosberg zu Original-Preisen.

Rajen 1.28 1.48 1.75 1.95 2.25

einzelne Westen in Buchstein,

Zwinn, Leber und Manschester

1.95 2.10 2.25 2.35 2.65 3.00

Mützen 30 55 58 75 88 100

blaue Jagdklub-Mützen 78 88

110 125 135 188 200

mit echtem Lederschirm

1.25 1.75 2.00

Maurersocken Paar 45 50 Pfg.

Rote Rabattmarken.

## Uhren

Goldene Trauringe, Myrtenkränze.

H. Schultz, Uhrm. u. Goldsch., ob. Johannisstr. 20

Schönes trockenes

## Buchen-Abfallholz

ab Fabrik 80 Pfg. und frei Haus

1 Mk. pro Sack.

F. E. Schacht & Co.,

Moislinger Allee 41.

## Schiffer, Meister, Deckleute und Schutenleute!

## Versammlung

am Freitag, 27. September

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Kollegen, erscheint sämtlich.

3633) Der Vorstand.

## Neues Stadttheater.

Freitag, den 27. September.

10. Brt. i. B.-A. 2. Brt. i. Freitag-Ab.

Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

## Samson und Dalila.

Oper von Saint-Saëns.

Große Preise.

Sonabend, den 28. September.

11. Brt. i. B.-A. Außer Sonnab.-Ab.

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 11 Uhr.

## König Richard III.

Von Shakespeare. 3619.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt



## Meggendorfer-Blätter

München 2 Zeitschrift für Humor und Kunst 2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postämtern. Verlangen Sie eine Gratis-Probennummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

## Kein Besucher der Stadt München

sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47, befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

## Trinkt

# Bunteküh-Kümmel

1708)

Kampfer- Brennerel Bunteküh.

## Wichtig, bitte bestimmt lesen.

Nur zur Einführung von Ragoda

Denk auch die kleinen Haushaltungen schon bis Ende d. J. eine Prämie auf unser beliebtes und bestbewährtes selbstkühiges Schmelzwassermittel RAGODA erhalten können, geben wir gegen Einsendung von 5 Pfund 1 gute Schere, 1 H. Rosack-Brosche, 1 H. Korallenkette, 1 H. Kollier, etc., von 10 Pfund 3 Äpf.-Essig, 1 echt silb. oder 3 Äpf.-Silber-Teelöffel, 1 echt silb. Kollier etc. Weiteres die Prospekt. Später müssen Einsendung von 10 resp. 20 Pf. eingew. wt werden. RAGODA ist unübertroffen, überzeugen Sie sich davon! Einzig in seiner Art! D. R. G. M. Nr. 415136. Höchste Auszeichnungen.

Überall zu haben. 1 Pfund nur 55 Pfg., 1/2 Pfund 30 Pfg.

SCHUMANN & WILLE, Wittenberge.

## Institut für Elektro- u. Mechano-Therapie.

Naturheilstatt.

Friedrich-Wilhelmstr. I. Lübeck Fernsprecher 342

Aerztliche Leitung.

Prospekt gratis.

(3312)

# Schulschreibhefte

mit den neuen Zeichnungen sind zu beziehen durch die

Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

## Surra-Patriotismus in Amerika.

Aus Newyork wird uns geschrieben:  
Seit Monaten war es die ausgesprochene Vermutung demokratischer Parteiführer im Bundesparlament der Union, daß Präsident Taft nach berühmten Mustern versuchen würde, durch eine „Diversión nach außen“ seine sonst ziemlich sichere Wahlniederlage im November abzuwenden und auf der Woge des entfesselten Surra-Patriotismus für weitere vier Jahre ins Weiße Haus zu gelangen. Liebt es der Amerikaner doch nicht, die Pferde zu wechseln, während er den Fluß kreuzt, oder in Kriegszeiten einen Präsidentenwechsel vorzunehmen. Senator Bacon von Georgia hat noch kurz vor Parlamentsschluß erklärt, er erwarte, daß der Präsident, sobald erst die Volkserreiter bei Mutter seien, eine Armee in Mexiko einrücken lassen werde — aus keinem anderen Grunde, als dem seiner Wiederwahl. Und siehe da, kaum hat der Kongreß Ruhe, und Kriegsgeschrei alarmiert das Land. Fast gleichzeitig erfolgen Befehle des Präsidenten als des obersten Kriegsherrn, zwei weitere Infanterie-Regimenter gegen die mexikanische Grenze zu werfen und ein anderes, jetzt in Panama stationiertes Infanterie-Regiment nach Nicaragua abgehen zu lassen. Die zweite Mobilisierungsbefehle hat Taft allerdings am gleichen Tage noch zurückgezogen, aber nur mit der Begründung, daß die 2000 Mann Marinetruppen, die bereits auf dem Wege nach Corinto seien, genügen würden, die nikaraguanische Situation zu beherrschen. Diese kriegerische Unternehmung Tafts gegen einen ganze zwei- bis dreihunderttausend Einwohner zählenden mittelamerikanischen Raubstaat ist ja auch in keinem Falle geeignet, das Volk der Vereinigten Staaten in die mordspatriotischen Destrinen zu stürzen, die allein Tafts Wiederwahl möglich machen könnten. Natürlich wären es an der Moskitoküste nicht die verchiedenen Duzend dort hausenden Amerikaner — es sollen deren höchstens hundert sein — es wäre vielmehr der amerikanische Dollar in Nicaragua, den Dheim Samuel mit dem Leben und den Mordwerkzeugen seiner Söldner zu Hilfe eilen soll. Nicaragua wurde früher von englischem Kapital schamlos ausgebeutert und wird es noch heute, nur, daß die eblen Briten sich jetzt mit den Vankees darin teilen sollen. Es kam ein wucherischer Anleihevertrag zustande, dem nur die Bestätigung des amerikanischen Bundes senats fehlte, und Taft ließ im übrigen seine Dollardiplomatie spielen. Das Ende war ein vollständiges Fiasko. Die Großmauligkeit und Raffgier der Wall-Street-Vankees hat in Nicaragua, wie im ganzen lateinischen Amerika überhaupt, das Volk gegen sich aufgebracht, und in dem mittelamerikanischen Staate geht es nun den Amerikanern mißamt der käuflichen Regierung des Präsidenten Diaz ans Leder. Grund genug für die Kriegsheher und ihre kapitalistischen Hintermänner, die schleunigste Okkupation des Ländchens zu verlangen, und Taft ist natürlich immer willig, wenn die Wall-Street will. Was aber Mexiko anbetrifft, so hat Onkel Sam erst vor etwa einem halben Jahrhundert erfahren müssen, daß es kein geeignetes Ziel für einen militärischen Spatiergang ist, und Taft mag sich doch noch hüten, den ersten der auf dem Papier vorhandenen 100 000 regulären „Troopers“ über den Rio Grande rücken zu lassen. Roosevelt, den man selbst in amerikanischen Proletenwohnungen zuweilen im Bilde hoch zu Roß bewundern

kann, so wenig zweifelsfrei der Schlachtenkerruhm des grimmen Mannes von San Juan Hill auch ist, hat seinem Nachfolger indessen die Lehre hinterlassen, wie bereitwillig das Volk der glorreichen Sterne und Streifen auf den patriotischen Köder anbeißt, und auch Taft schreckt vor dem gefährlichen Spiel mit dem Feuer nicht zurück, wenn er sich davon Förderungen seiner Wahlschancen verspricht. Der Bundes senat, der dem Präsidenten bekanntlich auch in der Zolltarifffrage gegen das Abgeordnetenhaus zu Hilfe gekommen ist, hat in der Auspielung des Mordspatriotismus gegen die immer stärker auftretende radikale Volksstimmung mit Taft zusammengewirkt. Denn die durch Senatsbeschlüsse proklamirte „erweiterte Monroe-Doktrin“, die jeder nicht-amerikanischen Macht die Erwerbung von süd- oder nordamerikanischem Terrain, das als Basis militärischer Operationen dienen könnte, untersagt, ist natürlich auch bloß ein demagogischer Schachzug der mit Taft verbündeten Kriegsheher, die nicht so dumm sind, selber an die Möglichkeit einer japanischen oder deutschen Invasion, wie sie mit Vorliebe an die Wand gemalt wird, zu glauben. Hoffentlich wird das amerikanische Volk diese politische Gauklergesellschaft im November verdienstermaßen zum Teufel jagen.

## Terrorismusschwindel.

Die bürgerliche Presse brachte nach der „Kreuztg.“ dieser Tage einen Aus der „Deutschen Reichspost“ entnommenen „Notizschrei“ über sozialdemokratischen Terrorismus folgenden Wortlauts:

„Kürzlich mußte ich meine Arbeitsstelle wegen der „frei“ organisierten Holzarbeiter wechseln und ging in einer anderen Möbelfabrik Stuttgarts an. Kaum hatte ich begonnen, so kamen auch schon wieder „frei“ organisierte Holzarbeiter an mich heran und fragten mich, ob ich organisiert wäre. Ich sagte „ja“. Nun wollten sie aber wissen, in welchem Verband, worauf ich ihnen mitteilte, daß ich im christlich-nationalen Holzarbeiterverband Mitglied bin. Ich mußte ihnen auch meinen Namen sagen. Darauf gingen sie an: „Ja, Dich kennen wir schon!“ Ich antwortete ihnen: „Das weiß ich. Seit 12 Jahren werde ich von Fabrik zu Fabrik geholt. Aber mich hungert Ihr nicht aus. Laßt Ihr mich nicht arbeiten, dann gehe ich eben wieder.“ Es folgte dann ein wüstes Geschimpfe auf die christlichen Gewerkschaften. Später kamen wieder einige „Genossen“ an meinen Arbeitsplatz; einer meinte, weil ich nicht übertreten wollte: „Du bist ein ganz verkommener Kerl.“ Einige Tage darauf sah eine „freie“ Betriebsversammlung über mich zu Gericht. Die Entscheidung ging dahin, „das Hindernis müsse entfernt werden“. Dazu mußte mein „frei“ organisierter Nebenarbeiter mithelfen. Er mußte mit mir Streit anfangen und mich als „Christlichen“ hänseln; andere kamen hinzu und taten das gleiche. Das wiederholte sich einige Tage. Ich ging den Geschäftsführer um Schutz an, fand jedoch diesen nicht, weil eben viele Geschäftsführer es mit den „Koten“ halten. Natürlich spornete das die „frei“ organisierten zu weiteren Belästigungen an. Ich wandte mich dann an den ersten Werkmeister mit der Bitte, mir doch Ruhe zu verschaffen. Dieser meinte jedoch, wenn ich nicht arbeiten könnte, dann müßte ich eben aufhören. Ich erwiderte, daß ich nicht freiwillig aufhöre, es sei denn, er wolle mich entlassen. Das tat der Werkführer denn auch mit den Worten: „Also hören Sie nur auf. 20 Mann sind mir lieber wie einer.“

Wir sind den Dingen nachgegangen und haben dabei festgestellt, daß es sich um eine Ente recht ehrwürdigen Alters handelt. Sie entstammt dem „Holzarbeiter“

(Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes) vom 1. März dieses Jahres! Die Notiz war damals aber kürzer, sie enthielt nur etwa ein Drittel der jetzigen Notiz und zwar des ersten Teiles. Die übrigen zwei Drittel haben sich in der Zeit vom 1. März bis jetzt auf dem Wege vom „Holzarbeiter“ bis zur „Kreuzzeitung“ hinzugefunden. Der vom „Holzarbeiter“ übernommene Teil enthielt aber zwei recht beachtliche Mitteilungen, nämlich den Namen des angeblich Terrorisierten und den der Firma, bei der sich der Vorfall zugetragen haben sollte. Der Terrorisierte hieß Kaiser, die Firma war die weit und breit berühmte Möbelfirma Schöttle.

Diese „Unvorsichtigkeit“, deren sich natürlich „Kreuzzeitung“ und Genossen nicht schuldig machten, wurde zum Verhängnis, sie ermöglichte die Nachkontrolle. Diese hatte denn auch zur Folge, daß die Nr. 11 des christlichen „Holzarbeiter“ vom 15. März 1912 die folgenden Zeilen brachte:

„In Nr. 9 des „Holzarbeiter“ wurde aus Stuttgart über einige Terrorismusfälle berichtet. Die Firma Schöttle, bei der sich ein Fall abgespielt haben sollte, teilte der Redaktion mit, daß in ihrem Betriebe seit Monaten kein Schreiner Kaiser mehr beschäftigt wäre und auch den Werkführern ein Fall der vorgetragenen Art nicht bekannt sei. Der Sekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaft in Stuttgart teilt auf Befragen zur Sache folgendes mit: „Die von dem aus Kirchheim zugereisten Schreiner Friedrich Schneider gemachten Angaben über den Vorfall bei der Firma Schöttle entbehren, wie wir auf Grund eingehender Feststellungen mitteilen können, der tatsächlichen Grundlage.“

Ob die Lektion hilt? Wir glauben nicht. Bei der nächsten Gelegenheit wird man wieder neue Räubergeschichten aufstischen.

## Aus der Partei.

**Gemeindevahlfrage.** In dem hessischen Städtchen Neus-Bienburg b. Frankfurt a. M. siegte Montag die sozialdemokratische Liste, jedoch nur dort die Mehrheit in der Gemeindevertretung haben. Von 18 Vertretern gehören 14 der Sozialdemokratie an. — In Bülach b. Karlsruhe erhielt bei der Wahl der Gemeinderäte die sozialdemokratische Partei mit 156 Stimmen 3 Sitze, das Zentrum mit 72—79 Stimmen einen Sitz, die bürgerlichen (Liberalen) mit 97—104 Stimmen zwei Sitze. Um eine einzige Stimme mehr würde die Sozialdemokratie einen vierten Sitz erhalten haben. — In Aue b. Durlach, wo die Sozialdemokraten vier Sitze im Gemeinderat erhielten, verminderte sich die Stimmenzahl gegenüber der letzten Neuwahl von 205 auf 178. Aufklärungs- und Organisationsarbeit tut da sehr not.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Zur Aussperrung im Dachdeckerberuf.** Schon über 8 Wochen stehen die Dachdecker und Hilfsarbeiter im Kampf mit den Unternehmern, die jetzt die verzweifeltsten Anstrengungen machen, Arbeitswillige zu bekommen. In allen für sie in Betracht kommenden Provinzblättern haben sie eine größere Annonce losgelassen, worin unorganisierte Dachdecker und Hilfsarbeiter gelacht werden. Die Aussperrung besteht in Berlin und den Vororten weiter. Der Kampf wird von beiden Seiten jetzt mit größter Energie geführt. Die Unternehmer wollen mit Hilfe der Arbeitswilligen die streikenden Dachdecker niederringen. An eine Beilegung des Kampfes ist vorläufig noch nicht zu denken. An die Dachdecker aller Orte ergeht daher die dringende Mahnung, Berlin zu met-

## Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppis.

(31. Fortsetzung.)

Reichardt hatte, einmal zum Entschlusse gekommen, noch an demselben Nachmittage eine genaue Revision seiner Habgierigkeiten vorgenommen, hatte von seinem reichlichen, kurz vor seiner Abreise nach Amerika erst angeschafften Reisedevorrat nur einen besseren Anzug und die nötigste Wäsche zurückbehalten und das übrige, samt seiner Uhrkette, in dem ersten Verkaufstokale, das sich ihm für seine Absicht bot, losgeschlagen. Für den Koffer mit einigem Gewinn sich eine gebrauchte Reisetasche eingehandelt und so das Passagegeld zur Rückkehr nach Newyork zusammengebracht. Erst als ihn der Eisenbahnzug bereits davon führte, hatte er sich einen Abschied dessen, was er bei dem raschen Handel verloren, gemacht, war es ihm wie ein Gespenst vor die Seele getreten, daß, wenn sich sein Los nicht bald glücklicher gestalten, er in Newyork auch auf eine äußerlich anständige Erscheinung werde verzichten müssen, auf das nötigste Mittel, um eine sich möglicherweise bietende Gelegenheit zu einem vorteilhaften Unterkommen benützen zu können, und obgleich er sich gesagt, daß sein Heil jetzt nur in einer doppelten Energie liege, so hatte er sich doch auf der ganzen Reise des Drucks, der auf ihm lastete, nicht erwehren können. — Ost, wenn er die kurze und doch so inhaltsschwere Zeit, jetzt er Newyork verlassen, an sich vorüberziehen ließ, schüttelte er bitter den Kopf. Hätte er nicht jetzt im Besitze alles dessen, was Menschen Glück nennen, sein können, wenn er nicht der Narr seiner Gefühle gewesen wäre? Er durfte sich ja nicht einmal sagen, daß ihn bewußte Grundsätze geleitet, als er Harriets Liebe zurückgewiesen — und wenn er sich auch alles wieder zurückrief, was er später sich selbst zu seiner Rechtfertigung angeführt, alles, was er in dem langen Seelenergüsse, welchen er dem Mädchen gesandt, niedergelegt, so wollte es doch seiner jetzigen Lage gegenüber kaum ins Gewicht fallen. Unwillkürlich trat ein alter Vers in seine Erinnerung:

Wer einmal sein Glück verstoßen kann,  
Den kehrt's auch im Leben nicht wieder an!  
Und es wurde ihm ganz so, als sei er bestimmt, ein illustrierendes Beispiel dafür abzugeben.

So war er in Newyork angekommen, ohne einen Plan auch nur für seine nächsten Schritte entworfen zu haben, war aber endlich mit sich einig geworden, zuerst den Kupferschmied anzufuchen, und wo möglich mit diesem zusammen seine

Wohnung zu nehmen. Im nächsten Verkaufstokal hatte er Einsicht in den dickleibigen Wohnungsanzeiger genommen, nach längerem Suchen unter den Hunderten von Johnsons auch glücklich die bezeichnete Firma, in deren Fabrik Weizner beschäftigt sein sollte, entdeckt und wanderte nun der oberen Stadt zu. Es waren nicht eben die freundlichsten Gefühle, welche ihn noch vor wenig Tagen gegen den Kupferschmied befehlte; dieser war es gewesen, welcher dem Agenten gegenüber ein zweifelhaftes Licht auf das Verhältnis zwischen Reichardt und Matilde geworfen, und so die Ursache zu dem ganzen Unglück in St. Louis gegeben hatte. Reichardt kannte die kaufmännische Manier, in welcher der Witzbold sich gern zeigen ließ, so wenig auch seine Worte von einem bösen Herzen diktiert wurden; als aber dieser erste Eindruck vorüber war und die Erinnerung an das übrige treuherzige Wesen des Reisegefährten, an die vielfachen Beweise von Anhänglichkeit, welche dieser ihm während der Überfahrt gegeben, sich geltend machte, ließ er gern seinen Groll schwinden und nahm sich nur vor, ihm die ganzen Folgen, welche ein paar unvorsichtige Worte hervorbringen imstande sind, durch sein eignes Beispiel vor die Seele zu führen.

Es war ein großes Gebäude in einer der Geschäftsstraßen der mittleren Stadt, von welchem dem Angekommenen die Firma „F. Johnson and Son“ in gewaltigen Lettern entgegenblitzte. Der untere Raum, dessen nur durch eiserne Säulen getrennte Türen weit offen standen, war mit langen, regelmäßigen Reihen übereinander lagernder Fässer besetzt, während die linke Seitenmauer von vier kolossalen bis fast zur Decke aufsteigenden Holzpfeilern eingenommen war und rechts eine Riesentreppe die daneben befindliche Treppe hinauf nach der „Office“ wies. Reichardt warf unwillkürlich zuerst einen Blick über den ganzen, von seltener Ordnung und Keilichkeit zugehenden Raum und trat dann auf einen zwischen den Fässern beschäftigten Arbeiter zu.

„Weizner?“ erwiderte der Angeredete auf Reichardts Frage nach dem Kupferschmied, „ich denke nicht, daß jemand dieses Namens hier im Geschäft ist — o, warten Sie einmal!“ unterbrach er sich plötzlich, „das kann der Billy oder Billy sein, wie wir ihn nennen, und der ist gleich hier nebenan!“ Er wandte sich nach der Hintertür und ließ dort ein lautes: „Se, Bill, Billy!“ hinausfliegen; Reichardt aber dachte zum ersten Male an die Möglichkeit, den Gefuchten hier nicht mehr zu treffen und dann wieder allein sich seinem Glücke oder Unglücke überlassen zu müssen — Schritte klangen hinter den Fässern her, und mit einer peinlichen Spannung sah er der Erscheinung des Herantommenden entgegen. Da tauchte ein teilweise geschwärztes Gesicht auf, das ihn einen Moment scharf ansah, sich dann aber zu einem Lachen verzog, das unter

den schwarzen Flecken zur vollständigen Grimasse wurde. — „Hallo, der Professor! 's ist bei Gott der Professor!“ rief es, aber erst als Reichardt seine Finger in dem Händedruck des andern fühlte, erkannte er die bekannten Züge. „Wo zum Gewitter haben Sie denn gesteckt, daß man nicht die kleinste Spur von Ihnen hat finden können? Kommen Sie von außerhalb oder wollen Sie gehen?“ fuhr er einen Blick auf die Reisetasche werfend, fort.

So wohl auch des „Kupferschmieds“ Willkommen dem jungen Manne getan hatte, so kalt berührte ihn doch die Art der letzten Frage. Er hatte für ein halbes Leben Abenteuer durchgemacht, hatte sich endlich mit Sorgen und Opfern wieder nach Newyork gerettet, und jetzt sahien es kaum anders, als habe er den Freund zwei Tage lang beim Bier nicht gesehen. „Ich komme von einer weiten Reise, Weizner,“ sagte er, „und mein erster Gang war zu Ihnen, da ich zufällig Ihre Adresse erfahren — Sie haben jetzt wohl aber kaum Zeit, eine halbe Stunde mit mir nach irgend einem ruhigen Plaze zu gehen?“

Der andere warf einen kurzen forschenden Blick in Reichardts gedrücktes Auge. „Wenn Sie mich brauchen, so muß sich immer Zeit finden, ich dachte, so viel müßten Sie doch schon,“ erwiderte er mit einem Händedruck, „warten Sie bitte nur zwei Minuten hier, daß ich Sie mit wenigstens ein menschliches Aussehen geben und den nötigen Bescheid sagen kann.“

Nach kurzer Zeit schritten beide nach einem der nächstgelegenen Trinkkeller hinab, Weizner rief nach Bier und winkte dann seinem Begleiter nach einem Tische in der entlegensten Ecke. „Jetzt, Professor,“ sagte er, nachdem sich beide niedergelassen, „wenn Sie nichts besonders Notwendiges drängt, so beginnen Sie mit Ihrer Geschichte von dem Augenblicke an, der uns in Shafespeare von einander trennte; ich habe manche Gründe zu vermuten, daß ich Ihnen, wie früher bisweilen, ein Stückchen Moralpredigt werde halten müssen.“

„O, Sie deuten auf das Verhältnis zwischen Matilde Hesper und mir,“ unterbrach ihn Reichardt; „Sie hatten es dem Agenten der Operngesellschaft in einer Weise dargestellt, daß ich in St. Louis den Menschen erstehen und dann flüchtig werden mußte.“

Weizner fuhr in die Höhe, als habe er sich auf eine Nadelspitze gesetzt, und starrte eine Sekunde lang mit offenem Munde auf den Sprechenden. „Erstehen?“ rief er, blähte aber auch im nächsten Momente erschrocken in dem leeren Raum umher und drückte die Hand auf den Mund. „No, Professor,“ fuhr er dann mit gedämpftem Tone fort

den und sich durch keinerlei Versprechungen nach Berlin locken zu lassen.

**Lohnunterschiede in der Herforder Zuckerwarenindustrie.** An eine Reihe von Zuckerwaren- und Schokoladenfabriken in Herford wurden vom Verband der Bäcker und Konditoren Forderungen auf Erhöhung der Löhne für die Arbeiter und Arbeiterinnen auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse eingereicht. Es wurden auch in verschiedenen Betrieben Lohnzulagen erreicht. Bei der Firma Kietel u. Schmalz, mit der der Verband bisher im Tarifverhältnis gestanden hatte, gelang es, einen neuen Tarif zur Anerkennung zu bringen, durch den für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Lohnzulagen innerhalb eines Jahres von 2 Mk. erlangt wurden. Der größte Teil der Beschäftigten besteht aus jugendlichen Personen. — Bei der Firma Wärmel u. Glasmann, Kakaos-, Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik war es trotz aller Bemühungen nicht möglich, in Unterhandlungen zu kommen. Auch die angesehene Vermittlung des Arbeitgeberverbandes durch einen ihrer Sekretäre verlief ergebnislos. Selbst der Arbeiterausschuß der Firma wurde brüsk abgewiesen. Darauf erfolgte am Montag die Arbeitsniederlegung. 45 Personen sind am Streik beteiligt, darunter 24 Verheiratete mit 42 Kindern, drei Personen sind im Betriebe stehen geblieben.

**Ein Kommando zur Unterdrückung eines Streiks.** Daß Polizei und Gendarmerie bei Streiks nicht die Aufgabe haben, die sogenannte Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten oder die unschuldigen Streikbrecher zu schützen, trat oft genug in eklatanter Weise zutage. Am Augenscheinlichsten zeigte es sich beim großen Bergarbeiterstreik, daß die Sicherheitsmannschaften dazu berufen waren, den Grubenbaronen helfend beizustehen, um den Streik niederzuzwingen. Daß den Polizisten diese Abicht, ohne weiteres Partei gegen die Streikenden zu nehmen, innewohnt, war nach ihrem draufgängerischen Tun leicht erkennbar. Zweifelhaft war bisher nur noch, ob sie von ihrer vorgelegten Behörde direkt dazu beordert wurden. Wir sind in der Lage, diesen Beweis heute liefern zu können. Folgt uns da folgendes interessante Schriftstück zu, daß sich auf den Streik der Holzplazarbeiter in Lillst bezieht:

L. R. Dem Fußwächter Benki.  
Sie werden hiermit nach Lillst zur Unterdrückung eines Streiks kommandiert. Meldung beim Oberwachmeister Behling in Splittler. Karabiner ist mitzubringen. Eintritt des Kommandos sofort nach Empfang dieses Befehls. Ihre Vertretung übernimmt der bereitete Wachmeister Görlig.

„Bierakowski, Oberwachmeister.“  
Mit dem Karabiner zur Unterdrückung des Streiks kommandiert! Ein solches Kommando wird nicht vereinzelt dastehen, nur zufällig kam dieses hier an die Öffentlichkeit. Ist es da ein Wunder, wenn bei den kleinsten Streiks und bei den geringsten Anlässen Streikende einfach über den Haufen geschossen werden? Wie kann der Polizist, Gendarm und Soldat nach strengmilitärischem Drill seine Aufgabe anders auffassen, wenn er zur Unterdrückung des Streiks mit dem Karabiner kommandiert wird? Dafür zahlen also die deutschen Steuerzahler ihr sauer verdientes Geld zur Erhaltung der Sicherheitsmannschaften, um bei Ausübung des ihnen gesetzlich gewährtesten Koalitionsrechts auf Kommando über den Haufen geschossen zu werden. Gai nur, daß diese höhere Bestimmung der Polizeimannschaften bei Streiks sich nicht mehr auf Vermutungen stützt, sondern einmal altentwässert belegt ist. Die deutschen Arbeiter aber werden sich gegen diese ungelegliche Einmischung der Polizei in ihr wirtschaftliches Recht zu wehren müssen, um nicht zum Schicksal derer zu werden, die durch neue Zuchthausgesetze noch geistliche Sanktionen erteilt zu lassen. Schutz gegen die repressiv-demosynthetischen Streikbrecher und die zur Niederdrückung mit Karabinern kommandierten Polizisten haben die um ihr Recht kämpfenden Arbeiter zu verlangen!

**Wie die Unternehmer Gelbe züchten.** Die Zigarrenfabrikanten des Westfälisch-Sippischen Zigarrenindustriebezirks sind bekanntlich mit ihrer Ausperrung von 10000 Tabakarbeitern, zu welchen dann noch weitere Tausende in Hamburg und Bremen kamen, böse hineingefallen. Nicht nur, daß die Abicht der Fabrikanten, die Organisation zu vernichten, nicht erreicht wurde, sondern es traten sogar bei Bekanntwerden des Ausperrungsbeschlusses 2000 Unorganisierte der Organisation bei. Statt eine vernünftige Lehrendarstellung zu ziehen und mit der Organisation eine Verhandlung durch Abschlüsse von Tarifen für die Zukunft zu suchen,

gläubt nun der westfälische Zigarrenfabrikantenverband sich für kommende Zeiten in der Weise vorzusehen zu müssen, daß er sich Gelbe züchtet. Bezeichnend ist eine Stelle in einem streng vertraulichen Rundschreiben, daß der W. G. B. (Westfälischer Zigarrenfabrikanten-Verband) im Juli dieses Jahres an seine Mitglieder erließ: „Verschiedentlich ist uns mitgeteilt worden, daß Werkführer (Kalkulationsmeister) den Organisationen Vorlauf leisten, da diese Arbeitslosen-Unterstützung gewähren und dadurch bei Feierschichten der Arbeiterstamm für den Werkführer zusammengehalten wird. Sollte dies in größerem Umfange der Fall sein, so wird der W. G. B. sich mit der Frage zu beschäftigen haben, ob er nicht für unfreiwillig feiernde Arbeiter, die keiner Streikgemeinschaft angehören, eine Unterstützungsrichtung einführen soll. Wir bitten unsere Mitglieder, zu diesem Punkte uns gefälligst ihre Ansicht mitzuteilen. — Die Bewegung der vaterländischen Arbeitervereine scheint bei den Arbeitern nur dann Fuß fassen zu können, wenn eine Arbeitslosen-Unterstützung vorhanden ist.“ — Der Tabakarbeiter-Verband, wie unsere Gewerkschaftsbewegung überhaupt, kann durchaus zufrieden sein mit der Veranschlagung, wie sie hier von Unternehmern ausgedrückt wird. Dantend quittiert wird auch über das Eingeständnis, daß die von den Fabrikanten nach der Ausperrung veranlagte und mit ihrem Gelde betriebene Agitation des nach Minden verpflanzten gelben Sekretärs Franke nichts eingebracht hat. Auf der am 6. August dieses Jahres in Herford abgehaltenen Generalversammlung des W. G. B. wurde nach dem vertraulichen Protokoll die Gelbenache wie folgt erledigt: „Nach Entgegennahme eines Verdicts und daran anschließender Erörterung bekräftigte die Generalversammlung einstimmig auf Antrag des Mitgliedes Herrn Max Wohlmann, in Firma Theodor Roschell, die Einrichtung einer Arbeitslosen-Unterstützung für die von den Mitgliedern des W. G. B. beschäftigten Arbeiter, die einem vaterländischen Arbeiterverein angehören und keiner Streikgemeinschaft und zwar als Zusatzentschädigung zu der Arbeitslosen-Unterstützung dieser Vereine. Der Vorstand wird beauftragt, der nächsten Generalversammlung im Herbst d. Js. Bestimmungen vorzulegen, wonach die Frage der Höhe des Zuschusses aus Verbandsmitteln, sowie einer teilweisen Rückvergütung durch die beteiligten Mitglieder an die Kasse des W. G. B. und weitere Maßnahmen der Kontrolle usw. geregelt werden. Hiermit ist beabsichtigt, die Ausbreitung der vaterländischen Arbeitervereine zu begünstigen. Jetzt bestehen solche in Weigen bei Minden mit 65, in Wesenkamp mit 32, in Enger mit 20 Mitgliedern (nur ein paar Tabakarbeiter sind darunter). Weitere Vereinsbildungen durch den Sekretär Franke, Minden, Gahlerstraße 55, stehen bevor. Dringend wird empfohlen, dessen Tätigkeit kräftig zu unterstützen. Vom 1. Oktober wird den Mitgliedern die Zeitschrift dieser Vereine: „Die deutsche Treue“ von Verbands wegen zugehen.“ — Ist danach vaterländisch gesinnt nur, wer sich zum Streikbrecher organisieren läßt? Nügen wird die Züchtung einiger Gelber den westfälischen Tabakindustriellen abtrotz nichts, im Gegenteil bedeutet das Vorgehen die beste Empfehlung für den Deutschen Tabakarbeiterverband und seine Leistungsfähigkeit.

**Warum übte der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter Streikbruch?** Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter hat bekanntlich eine ganze Reihe Gründe angegeben, die ihn zum Streikbruch im Ruhrbecken verleitet haben. Wir haben diese hier nicht zu unteruchen. Aus Kreisen, die mit den Verhältnissen im Gewerbeverein vertraut sind, wird vertraulich mitgeteilt, daß der Gewerbeverein nicht streiken konnte, weil er seine Gelder so angelegt hat, daß er sie nicht flüssig machen konnte. So liegt z. B. ein großer Teil des Kapitals fest in christlichen Genossenschaften. Der Gewerbeverein hatte kein Geld in der Kasse. Summen von der Genossenschaft zurückzuverlangen, hätten deren Bestand gefährdet. Freilich hatte man sich auch sonst zum Prinzip gemacht, den Streikbruch zu begehen. Aber die Sorge, daß der christliche Gewerbeverein mit leeren Händen dastand, wenn die übrigen Organisationen die Unterstützungen auszahlten, festigte die Absicht des schwarzen Verrats an die Bergarbeiter. Ehe wir zu weiterem ausholen, wollen wir erst eine Erklärung des Gewerbevereins in dieser Sache abwarten.

**Summarische Arbeiter-Vernunftserklärung.** Früher hatten die Unternehmer-Organisationen das Mittel der schwarzen Listen, um streifende Arbeiter auf den Ausschungssetz zu setzen. Bei der wachsenden Zahl der Opfer des kapitalistischen Klassenkampfes scheint aber das System nicht mehr zu funktionieren. Deshalb haben die Unternehmer jetzt an Stelle der schwarzen Listen, in denen der Name jedes Einzelnen der Bedachten verzeichnet stand, das System der

summarischen Vernunftserklärung gestellt. Wenn irgendwo in einem Betriebe Differenzen ausbrechen, dann geht die Meldung sofort an die Zentrale der Arbeitgeber-Verbände und diese versendet in Tausenden von Exemplaren die Listen an die einzelnen Betriebe. In einem Zirkular des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände vom 7. laufenden Monats wurden drei Schiffswerften in Havelberg, eine Bootswerft in Hamburg, eine Tafelglasfabrik in Ursdorf, eine Maschinenfabrik in Düren im Rheinland, eine Buntweberei in Göttingen und verschiedene Orte der sächsischen Textilindustrie genannt und die Unternehmer aufgefordert, alle Arbeiter der genannten Firmen bezw. Orte bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen. — So wird kurzer Prozeß gemacht. Es brauchen irgendwo nur einige Arbeiter die Arbeit niedergelegt zu haben, gleich werden sämtliche Arbeiter des Betriebes der ganzen Branche oder, wie am Schluß des Zirkulars, alle Arbeiter ganzer Ortschaften in Verzug erklärt. Was fragt das organisierte Unternehmertum danach, ob schuldig oder unschuldig! Und die, welche solchen Terrorismus üben, schreien noch nach einem Zuchthausgesetz gegen die Arbeiter!

## Arbeitswillige Revolver und Messer.

Gesindeischuh ist die Parole derjenigen, die es nicht vertragen können, daß der Arbeiter längt darauf über hinaus ist, sich als Gesinde behandeln und bezahlen zu lassen.

Schutz vor arbeitswilligem Gesinde ist die Forderung aller ihrer Lage bewußten Arbeiter und Arbeiterinnen, jedes anständigen Kulturfortschritts, sich gesinnten Menschen und wäre die erste Aufgabe eines modernen Staates.

Wie sieht es damit in Wirklichkeit aus? Der arbeitswillige Revolver und Säbel, das staatszerhaltende Dolchmesser verrichtet Jahr um Jahr seine mörderische Arbeit an zur Kultur erwaarten, weil organisierten, auf die Hebung ihrer Klassenlage bedachten, um ihre Familien besorgten Proletariaten und Proletarierinnen. Wir stellen in nächstfolgendem nur eine Auswahl, die noch unheimlicher, Lücken hat, solcher Fälle zusammen, wo der arbeitswillige Revolver und Dolch das entscheidende Wort sprach.

Am 18. September 1912 hat in Burg bei Magdeburg der arbeitswillige Josef Ruppert den organisierten Arbeiter Karl Frisch durch einen aus ziemlicher Entfernung abgegebenen Schuß getötet!

Am 6. Juni 1912 geriet die Ragnaredhande, die den Streik bei der Görlitzer Waggonfabrik „brach“, sich gegenseitig in die Haare, der „Erfolg“ war, daß drei durch Revolvergeschüsse schwerverletzte Arbeitswillige — von ihren Mitarbeiterswilligen so zugerichtet! — auf dem Kampfplatz blieben!

Am 30. Mai 1912 wurde im Dorfe Lühke bei Koburg der arbeitswillige Maurerpolier Hoffmann von seinen mitstreikbrechenden „Kollegen“ bei einer Suffektorei erschlagen!

Im März 1912 fielen als Folge der scharf-maderischen Grubenbesitzerpolitik während dreier Streiktage im Ruhrrevier vier Personen, von Revolverkugeln getroffen. Zwei der Getöteten waren Arbeitswillige!

Am 1. Oktober 1910 starb in Moabit der Arbeiter Hermann an den Folgen einer schweren durch Säbelhiebe erzeugten Schädelverletzung!

Sinze, der Retter von Moabit, erläuterte einem Pressevertreter gegenüber sein „Arbeitsprogramm“ also: „... Wir machen det zum Amese mang. De Kerks (die Streikbrecher) kriegen nich bezahlt, als wie een gewöhnlicher Arbeiter bezahlt kriegen würde, aber die Gefahr, det reizt se, un die Uffregung und det Wischen dirsen, und det se un je st r a f f l o s h a u e n d e r f e n, det de Fegen kriegen, det reizt se.“

Am 18. Oktober 1910 wurde dies Programm durch die Arbeitswilligen von neuem praktisch durchge-

„Jungen Sie unser Gespräch doch nicht mit solchen Phantasien an!“

„Pure Wirklichkeit, Reichard, ich läse sonst nicht hier!“ erwiderte der andere gedräht, „ich wollte indessen erst später davon sprechen und Ihnen die Folgen zeigen, wenn man von einem Freunde lieber das Schlimme als das Gute glaubt.“

„Reichardt, ich will das Beste glauben, wenn Sie es verlangen, ich glaube es schon“, drängte der Kupferschmied halblaut, aber sagen Sie, daß Sie einen dämlichen Spaß gemacht haben!“

Wir werden darauf kommen, und dann mögen Sie selbst urteilen, entgegnete Reichardt in seiner früheren Weise, „Sie sollen alles hören, was ich erlitt, wie ich jetzt stehe, und dann reden wir weiter.“ Er tat einen langen Zug aus dem schwebenden Bierglase, während der andere nur langsam und kopschüttelnd seinem Beispiele folgte, und begann dann die Erzählung seiner Erlebnisse, von dem ersten Tage seines Besorgnisvollens an, schilderte das Zehnjährige aller seiner Hoffnungen auf dem launigen Wege und dann Ratibens verunglückte Konzertpartitur, erzählte, wie der Schmerz über den unerwarteten Zehnjährigen des Mädchen an seine Brust geworfen, wie sie am andern Morgen verschwand gewesen und er aus ihrem Briefe zum ersten Male ein tieferes Gefühl für den „Kreuzer“ erlitt. Der Kupferschmied hatte die gedrangte Schilderung nur mit einzelnen kurzen Kopfnicken begleitet, als aber der Redner jetzt eine kurze Pause machte, richtete er ihm mit einem Blide der vollen Verständigung die Hand. Mit plötzlich erhöhtem Interesse verfolgte er nun Reichardis Erzählung mit der amerikanischen Aristokratie, das sich entwickelnde Verhältnis zu Harriet, und der wechselnde Ausbruch seines Schicksals bildete die bezugnehmende Illustration zu allem später auf einander folgenden Szenen; in atemloser Spannung aber lauschte er Reichardis Beschreibung der dem Koch, seiner Flucht in Harriets Schlafzimmer, und als der Erzähler in kühnem Tone des Madchens Antrag und wie er diesen zurückgewiesen, berichtet, klappte der Hörer plötzlich auf den Tisch, daß beide Gläser in die Höhe sprangen. „Doch ich's doch!“ rief er erregt, „zu gewissenhaft, zu stolz, zu zaghaft, wenn ich das Schicksal eines Mannes vor der Nase liegt — hätte das auch in dem Verhältnis mit der Gnadigen vom Schiffe abnen und meine natürlichen Vermutungen bestätigen können. Sie werden wohl niemals zu etwas Kommen in der Welt kommen, trotzdem niemand mehr das Zeug dazu hätte, als gerade Sie, aber — wir lassen lassen, was ich nicht halten läßt, ich andere's doch nicht — heiliges Gemüter! so ein Mädchen und so eine Partie, warum denn außer einem das Glück nicht auch einmal kommt!“

Reichardt hatte, ohne ein Wort zu äußern, den Sturm über sich ergehen lassen und nahm, als der Kupferschmied beide Arme kopschüttelnd vor sich auf den Tisch legte, die Fortsetzung seiner Erzählung auf; aber nur verdrossen schienen der Zuhörer den weiteren Ereignissen zu folgen und erst, als der letzte Akt, der Streit mit dem Agenten und dessen tödlicher Ausgang an die Reihe kam, zeigte sich sein volles Interesse wieder rege.

„Eine weitere Nachricht, daß der Mann wirklich tot ist, haben Sie also nicht?“ fragte er, als der Erzähler geschlossen, und sprang bei dessen Beinerung mit sichtlicher Erleichterung von seinem Stuhle. „Weil, Professor“, fuhr er, dicht an den andern herantretend, halblaut fort, „so sehe ich auch noch gar keinen Grund, weshalb er durchaus gestorben sein muß. Wir nehmen vorläufig das Beste von dem Unglück an, wie es jeder vernünftige Mensch tun würde, bis es sich anders zeigt, und sind unjährlieh dazu berechtigt, als wir beide nur die unglücklichen Ursachen waren. Ich sage Ihnen, ich sehe den Menschen ganz genau auf seinen zwei Beinen herumgehen und sich freuen, daß Sie ihm so geschwind aus dem Wege gegangen sind — so!“ fuhr er laut fort, seinen Platz wieder einnehmend, und nun gehen wir zu den andern nötigen Dingen über. „Trübses Bier!“ rief er und begann mit beiden Gläsern auf den Tisch zu trommeln, bis der „Barkeeper“ vom andern Ende des Raumes herangeprungen war.

Reichardt lehnte sich, die Hand gegen die Stirn gedrückt, in seinen Stuhl und atmete leuchtend auf, als es seit einer Woche geschah. Ob ihm das freie Aussprechen Luft gegeben, ob des Kupferschmieds aufgewecktes Wesen belebend auf ihn gewirkt, oder die bekannten Neuzorker Umgebungen ihren Einfluß ausübten, er wußte es nicht; seine Zukunft aber, so wenig Aussicht sie ihm auch zeigte, wollte ihm jetzt nicht halb so trübsal mehr erscheinen als noch vor wenigen Stunden.

„Ja, zu den andern nötigen Dingen“, begann er, als das Bier auf dem Tische stand, keine frühere Stellung wieder einnehmend. „Sie wissen jetzt meine ganze Lage, Reichard, und alles Jaanten über meine Verfahrungsweise ändert nichts daran. Mein einziger Plan ist jetzt, den kleinen Musiker wieder anzufangen, der mir in Saratoga Beschäftigung geben wollte, oder, wenn er mich abweist, mich vorläufig nach einer Stelle in einem Trinklokale als Pianist oder Violinist umzutun. Eine Geige allerdings muß ich mir wieder zu verschaffen suchen, aber das wird nicht zu den Unmöglichkeitkeiten gehören. Wollen Sie etwas anderes für mich, Reichard, so sagen Sie es.“

Der Angeredete rührte den Kopf in die linke Hand und wusch mit der andern große Backen aus dem verschütteten

Bier auf den Tisch. „Meine Meinung ist“, sagte er nach einer Weile, „daß aus dieser Art Musikanten-Geschichten niemals etwas Rechtes herauskommen kann. Ein gewöhnlicher Mensch wird dabei zu jeder andern Arbeit untauglich und stirbt wie er angefangen, und wenn es vorwärts treibt, ohne daß er einen Weg dazu sieht, der wird aus Desperation lieber sterben. Ich kann Ihnen jeden Abend ein halbes Duzend lebendiger Beispiele zeigen. Lieber mit der niederen realen Arbeit angefangen — jeder hat da einen Weg vor sich, wie er ihn sich selbst zurecht zu machen versteht.“

„Ja doch, ich akzeptiere jede Arbeit, deren mein Körper irgend fähig ist“, erwiderte Reichardt eifrig, „aber was, wie, wo?“

Der Kupferschmied hatte noch immer seine Buchstaben gemacht, begann sich aber jetzt mit vollen Kräften hinter dem Ohre zu kratzen. „Ich wüßte wohl etwas“, sagte er endlich, auf den Tisch schlagend, „aber ich weiß doch, daß es nicht geht. Wenn Sie mit Ihrer Violine in der schmutzigsten Bierkubel stehen, so können Sie mit jedem Striche zeigen, daß Sie wo ganz anders hin gehören, und schaffen sich eine Beschäftigung daraus — hier aber handelst es sich um die einfachste, nackte Erniedrigung bei Ihren Kenntnissen, und es ist ungewiß, ob es überhaupt einmal anerkannt wird, was Sie verstehen.“

„Gut, Reichard, so sagen Sie wenigstens, wie diese Erniedrigung heißt; das Musikmachen ist nichts für mich als die letzte Rettrade vor dem Hunger, und ich will gern das irgend Mögliche ergreifen, das mich danor schützt. Wollen Sie noch etwas hören, so sage ich Ihnen, daß mir mit dem Verluste meiner Violine noch die letzte Hofe geschwunden ist, die sie mir in das Musikantengewerbe legte, und daß dieser letzte Schlag nach meinem übrigen Unglück mir nur wie das Siegel zu der unsichtbar geschriebenen Warnung vorkam: Suche Dein Heil auf einem andern Felde!“

„Und also war ich mit meinen Worten zum nachdrücklichen Postskriptum bestimmt!“ nickte der andere mit einem Anstuge von Satire, „so mag denn auch die unsichtbare Macht das Übrige auf sich nehmen. Einer von unsern Porters wird heute noch kündigen, und ich denke, daß ich so viel Einfluß habe, um Ihnen die Stelle zu verschaffen, wenn nämlich, wie gesagt —“

„Porter, was ist das?“ unterbrach ihn Reichardt.

„Porter, — weil“, erwiderte der Kupferschmied zögernd, und in seinem Gesichte spielte es halb wie Humor, halb wie eine Art Verlegenheit, „in christlichem Deutsch: Hausknecht, nach amerikanischen Begriffen nämlich —“

(Fortsetzung folgt.)

führt, wahre Straßensalven gab es da, alles nur von den Arbeitswilligen zum Vergnügen gemacht! Die Polizei konnte der Staatserhalter erst nach Zuzug von Verstärkungen Herr werden!

Am 11. Mai 1907 erschloß der Arbeitswillige Former Busch die den organisierten Arbeiter Höppler!

Am 13. Oktober 1906 schoß der berüchtigte Arbeitswillige Neumann den organisierten Arbeiter Kiesel nieder! Es war beim Hafnarbeiterkampf in Kiel.

Am 9. Oktober 1906 erschloß der Streikbrecher Wotarsky in Gera den organisierten Handarbeiter Erb!

Am 23. September 1906 wurde der Genosse Adolph Herrmann in Stolpe durch den Gendarmen Jude erschossen!

Das ist nur eine geringe Auswahl all der Mordefälle durch Arbeitswillige aus den letztvergangenen Jahren. Die Nürnberger Morde, die „Schießübung“ des Gießereibesizers Worderhaden, die einem Arbeiter das Leben kostete, die Unmasse der in Moabit, im Ruhrrevier, in Lübeck und in anderen Städten Verletzten sind ebenfalls nicht mit aufgezählt. Die Liste würde zu lang, zu groß, zu fürchterlich!

Und solche Elemente sollen staatlich geschützt werden! Das ist planmäßige Animierung zum Mord und Totschlag!

Ohne das ruhige kalte Blut der deutschen Arbeiter hätten die Feinde der Gewerkschaften längst das, was sie wollten! Mögen sich die „Befürworter der Arbeiterschutzgesetze“ hüten, sie sind gewarnt genug! Uebergenug!

## Aus der Arbeiter-Internationale.

**Belgien.** Am 15. September begann in Charleville der Kongress der Handelsangestellten und Reisenden. Beschlössen wurde u. a. Anschluß an die Gewerkschaftszentrale und an das Internationale Sekretariat der Handlungsgehilfen, Beitragsbefreiung, Generalkonferenz zur Erleichterung des Wahlrechts. — In Müttig wurden die in der Heimindustrie beschäftigten Büchsenmacher durch die Unternehmerorganisation ausgeperrt. — Der mit 1100 Mitgliedern gegründete Zentralverband der Schuhmacher hatte nach Schluß des ersten Quartals 1400, jetzt schon 2250 zahlende Mitglieder. Auf einer Delegiertenkonferenz wurde u. a. beschlossen, während des eventuellen politischen Generalkongresses Unterstützung nicht auszusagen.

**Frankreich.** Es verlautet, daß eine Anzahl von Geschäftsleuten als Ergänzung der „Humanité“ und der „Bataille Syndicaliste“, die beide morgens erscheinen, eine „unabhängige“ Abend-Arbeiterzeitung gründen wollen. — Goldsch, ein wegen seiner antimilitaristischen Agitation bekannter Redakteur des Hervöischen Blattes genügt zurzeit seiner Militärschicht. Um ihm für seine Dienstpflichtigkeit eine Ehre zu erweisen, ließ man ihn kürzlich, auf Wunsch seiner Vorgesetzten, dem ganzen Regimente einen Vortrag über das Altersversicherungsgesetz halten, wobei er auch seine politischen Ansichten frei entwickeln konnte. Herr Kriegsminister, wie wird Ihnen? — Ein Ausnahmefall schließt im Mittel Art bedeutet das neue Gesetz Berny-Millerand, wonach die wegen antimilitaristischer Agitation, Streikvergehen und Körperverletzung vorbestraften Rekruten nur in afrikanische Regimenter oder in besondere Regimenter sollen. Eine mächtige Agitation wird von der gesamten Arbeiterbewegung gegen das Gesetz entfaltet. Der Metallarbeiterverband gibt durch Maueranschlag bekannt, daß alle Mitglieder, die vom Gesetze getroffen werden, die nötige Unterstützung zur Flucht vor den afrikanischen Kasernen von der Organisation erhalten werden. — Wegen ihrer Solidaritätserklärungen auf dem letzten Kongress der Lehrer befahl die Regierung die Auflösung ihrer Gewerkschaft, die seit 8 Jahren unbeanstandet geblieben war. Der weitaus größte Teil der organisierten Lehrer wird sich dem nicht fügen sondern kündigt energischen Widerstand an. Dieser wird jetzt auch von allen andern Beamtenorganisationen organisiert, so daß die Regierung sich wohl eine Schlappe bei ihrem Vorgehen holen dürfte, trotzdem der Prozentsatz der organisierten Lehrer noch gering ist. — In Dünkirchen streikten 2000 Weber.

**Spanien.** Zum Protest gegen das rücksichtslose Vorgehen der Polizei gegen Streikende erklärten eine Reihe von Gewerkschaften einen 24stündigen Generalkonferenz in Madrid. Militär wurde requiriert. Die Eisenbahner in Barcelona haben ebenfalls einen Streikbeschuß gefaßt. Der sozialistische Abgeordnete Iglesias warnt im Parteiorgan vor den vielen wilden und meist fruchtlosen Streiks, die von anarchistischen Elementen angezettelt seien. — Neueren Nachrichten zufolge hatten Delegierte der Eisenbahner am 17. d. M. eine ergebnislose Konferenz mit dem Minister für öffentliche Arbeiten. Nach Ablauf der gesetzlichen achtstündigen Kündigungsfrist soll auf allen Linien die Arbeitseinstellung erfolgen.

**Österreich.** Der Lohnkampf der Textilarbeiter in Brünn endete nach vierwöchentlicher Dauer ergebnislos für die Arbeiter; nur für einen geringen Bruchteil der Arbeiter wurden unbedeutende Lohnerhöhungen erreicht. So endete dieser von den Separatisten mutwillig provozierte Kampf. — Die separatistische Bewegung stört nach wie vor sehr unangenehm die Entwicklung der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung. Böhmern und Mähren soll für die Separatisten ein besonderes Feld sein, und die überwältigende Mehrheit der tschechischen Arbeiter soll in ihrem Lager stehen. An einer genauen Zählungsaufstellung weist jedoch das Organ der Gewerkschaftskommission nach, daß dabei viel Geschrei und wenig Wille ist.

**Serbien.** In Serbien gehören 25 Gewerkschaften dem Gewerkschaftsverbande an, dessen Mitgliederzahl betrug 1908: 3238, 1909: 4462, 1910: 7418 und Ende 1911: 8337. Diese Steigerung ist um so erfreulicher, als die Regierung jede Agitations- und Organisationsarbeit unter den Bergarbeitern direkt verboten und unter den Fabrikarbeitern fast gänzlich unmöglich gemacht hat. Wie entsetzlich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes sind, zeigt der Umstand, daß 1910 714, 1911 dagegen 1560 organisierte Arbeiter, also rund 10 bezw. 20 Prozent aller Arbeiter auswanderten.

**Bosnien.** Für Bosnien und die Herzegovina besteht eine gemeinshaftliche gewerkschaftliche Landeszentrale, der Ende 1911 17 Gewerkschaften mit 5587 Mitgliedern angehörten. Nachdem sich auch die Buchdrucker im letzten Jahre angegeschlossen haben, gibt es nicht angegeschlossene Gewerkschaften nicht mehr, abgesehen von einem unter christlichem Mantel stehenden Gruppchen, das mit Unternehmerhilfe zur Streikbrechergarde ausgebildet wird. Besondere Opfer erfordert der andauernde Kampf gegen das reaktionäre Vereinsgesetz, auf Grund dessen kürzlich eine Gewerkschaft unter Androhung der Auflösung von der Regierung

gezwungen wurde, wegen Streikbruchs ausgeschlossen wieder aufzunehmen.

**England.** Der Vorstand der Transportarbeiter-Föderation beschloß, baldigt eine nötige Reorganisation durchzuführen und zum Zwecke des Studiums besserer Gewerkschaftsformen und Methoden den Generalsekretär nach Deutschland zu senden. — Unter Führung des Parlamentsmitgliedes Henderson verließen am Freitag, dem 13. September, etwa 40 Vertreter der Arbeiterpartei London zu einer Tour durch Deutschland, die zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern dienen soll. — In Glasgower Maschinenfabriken streikten 1000 Kesselmacher, 2000 wurden ausgeperrt. — Fast einstimmig beschloß die alte Londoner Lokal-Gewerkschaft der Ruffier und Fuhrleute die Gründung eines Zentralverbandes für das ganze Land. — In Lanfashire droht ein allgemeiner Bäckerstreik, da die Unternehmerorganisation, einschließend der Genossenschaftsbäckereten, die Forderungen der Gehilfen glatt ablehnte. Es kommen sechs Städte mit 200 000 Einwohnern in Betracht, in denen 80 % der Gehilfen organisiert sind. — Für die Papiermachereindustrie setzte das Lohnamt den gesetzlichen Minimallohn für Arbeiterinnen auf 25 Pfg. pro Stunde, für weibliche Lehrlinge auf 4 Mk. bis 10,50 Mk. für die 52stündige Arbeitswoche fest. Das Lohnamt der Bekleidungsindustrie setzte den gesetzlichen Minimallohn auf 27 Pfg. für Arbeiterinnen und 50 Pfg. für Arbeiter fest. Diese Sätze gelten von jetzt an auch für die Herrenkleiderbranche. — Das Haus des Eisenbahnerverbandes ist immer noch von Streikposten umstellt. Jetzt sucht der Vorstand anstelle der entlassenen 35 Hilfskräfte, die 30 Mk. Wochenlohn erhielten, neue einzustellen, die den tariflichen Lohn von 35 Mk. erhalten sollen. Der ganze Streit kommt der bürgerlichen Presse sehr gelegen, die diesmal aber sorgsam verschweigt, daß es sich um eine der konservativsten Gewerkschaften handelt. — Die durch das Versicherungsgezet hervorgerufene Verwirrung steigt allenthalben. In Manchester streikten wieder 5000 Lehrlinge in der Metallindustrie, weil sie mit dem Abzug des gesetzlichen Beitrags nicht einverstanden sind. Ein in der Eile falsch aufgesetztes Zirkular der Versicherungsbehörde hatte den Gewerkschaftskongress so aufgebracht, daß die Einberufung eines besonderen Kongresses beschlossen wurde. Dieser tagte am 18. d. M. in London, stellte den Irrtum fest und ging auseinander.

**Kanada.** In Britisch-Kolumbia streikten 1200 Eisenbahnarbeiter, in Toronto die Schneider, in Montreal die Frachtwagenarbeiter, in Brandon die Bauarbeiter, in Vittoria die Holzarbeiter.

**Verenigte Staaten.** Die Arbeitslosigkeit wird drastisch durch über 9000 schriftliche Bewerbungen illustriert, die auf ein kleines Inserat, in dem ein Kontorist zu dem üblichen Lohn verlangt wurde, eingingen. — Bei den Verhandlungen gegen einen „Nachrichtentrust“ wurde festgestellt, daß derselbe u. a. eine halbe Million Dollar dafür erhielt, daß er andauernd Kanada als das Eldorado der Auswanderungslustigen schilderte. — Am 16. September begann in Washington der Verbandstag der Schreiner und Zimmerer, die rund 200 000 Mitglieder zählen. Der Hauptvorstand schlägt die Errichtung eines Alters- und Invalidenheims vor. Beantwortet wird u. a. Einführung einer zentralisierten Kranken- und Arbeitslosenunterstützung. — Die rund 10 000 in Amerika wohnenden Mitglieder des englischen Zimmererverbandes wurden aus der amerikanischen Gewerkschaftszentrale und aus den örtlichen Kartellen ausgeschlossen, nachdem die zu ihrem Anschluß an die amerikanische Union vom letzten Gewerkschaftskongress gefaßte Frist ergebnislos verstrichen war. — Zur energischen Inangriffnahme der Organisationsarbeit unter den 400 000 unorganisierten Arbeitern des Stahltrasts ernannte die A. F. o. L. der Gewerkschaftsbund, eine Reihe freigestellter Agitatoren. Dieser Schritt wurde von den Syndikalistischen Organisationen (S. W. U.) sofort mit einem schwalligen Aufruf beantwortet, in dem die Arbeiter zur sofortigen Arbeitsniederlegung aufgefordert wurden. Das wird wahrscheinlich eine Reihe wilder, verlorener Streiks zur Folge haben, und der Stahltrast ist der Gefahr, eine ernste Organisation in seinen Betrieben entstehen zu sehen, entzogen. — Der Buchdruckerverband (I. T. U.), eine der festgefügtsten Organisationen der Ver. Staaten, zählte im Jahre 1911 51 095 Mitglieder, deren Gesamtjahresverdienst sich auf 49 770 000 Dollar belief. 1912 hieß die Mitgliederzahl auf 53 807, der Verdienst auf 53 378 900 Dollar, also auf rund 1000 Dollar pro Mitglied. — Der Verband der Holzbildhauer (S. W. C. U.) wird im Oktober durch Abstimmung über einen Antrag auf Verschmelzung mit dem Zimmerer- und Schreinerverband beschließen.

**Australien.** Die Arbeiterpartei und Gewerkschaften in Tamania beschloßen den Ankauf einer Tageszeitung. — Nach dem Bericht des Bundes-Eintigungs- und Schiedsamtes wurden im letzten Jahre 186 Verträge abgeschlossen. Durch Schiedspruch wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für 73 000, durch Übereinkunft für 30 000 Arbeiter und Angestellte festgelegt. — Eine seit acht Monaten durch den Minister für öffentliche Arbeiten (Arbeiterpartei) in New-Süd-Wales betriebene staatliche Fischerei hatte bei einem Anlagekapital von 950 000 Mk. einen Umsatz von 19 1/2 Millionen Mark und einen Bruttogewinn von 330 000 Mk. Der Reingewinn beträgt nach reichlichen Abschreibungen 14 %.

## Soziales.

**Arbeiterschutzbestimmungen in der deutschen Fischkonservenindustrie.** Der Verein der Fischindustriellen, der von jeher ein heftiger Gegner jeglichen Arbeiterschutzes ist, erblickt seine erste Aufgabe darin, die gesetzlich gezogenen Schranken bei der Beschäftigung der Arbeiterinnen mit allen Mitteln zu beseitigen. Eine Eingabe an den Bundesrat hatte den Erfolg, daß sich der Beirat für Arbeiterstatistik mit der Frage befaßte. Im Verlauf des Jahres 1906 fanden verschiedene Sitzungen des Beirats für Arbeiterstatistik statt, zu denen auf Veranlassung des Reichsanwalters 30 Unternehmer und 31 Arbeiter und Arbeiterinnen geladen waren. Die Auswahl der Auskunftspersonen aus den Kreisen der Arbeiter war mit aller Vorsicht getroffen, es befanden sich darunter 6 Meister, 14 Arbeiterinnen und 11 Arbeiter, von denen nur ein einziger einer freien Gewerkschaft angehörte. Die Vorschläge des Beirats zielten darauf ab, daß den Fischindustriellen das Recht zustehen sollte, ohne behördliche Erlaubnis die gesetzliche Arbeitszeit für Arbeiterinnen von 11 Stunden täglich an 4 Wochentagen innerhalb eines Jahres so zu legen, daß bis 10 Uhr abends gearbeitet werden könnte. Mit diesem Erfolg gaben sich die Fischindustriellen aber noch keineswegs zufrieden. Ihr Bestreben war vielmehr darauf gerichtet, völlige Ausbeutungsfreiheit der weiblichen Arbeitskraft zu erlangen und die Fischindustrie von den beschränkenden Bestimmungen der Gewerbeordnung zu befreien. Der Verein richtete im Jahre 1909 abermals eine Denkschrift an den Bundesrat, diesmal mit dem Ergebnis, daß die tägliche Ruhezeit auf das niedrigste nach der Gewerbeordnung zulässige Maß von 3 1/2 Stunden beschränkt, dagegen die Zahl der jährlichen Ausnahmetage von 40 auf 60 (die höchste zulässige Zahl) heraufgesetzt wurde. Diese Gesetzesfreiheit, der der Ausbeutung in den Fischbetrieben Tür und Tor öffnete, sollte den Fischindustriellen durch das Inkrafttreten des 10stündigen Normalarbeitstages für gewerbliche Arbeiterinnen am 1. Januar 1910 geschmälert werden. Die „Gefahr“ erkennend, wandte der Verein der Fischindustriellen sich

abermals mit einer Eingabe an das Reichsamt des Innern mit dem Hinweis, daß das Gesetz für die Fischkonservenindustrie nur dann annehmbar sei, wenn der § 139 Abs. 1 der Gewerbeordnung unverändert angenommen werde. Das heißt, daß der Ausnahmezustand für die Beschäftigung der Arbeiterinnen in der bisherigen Art bestehen bleibt. Auf der Lübecker Konferenz der Arbeiter und Arbeiterinnen der Fischkonservenindustrie im Juni d. Js. ist unabweisend zur Ausdrud gebracht worden, daß die Festsetzung einer Maximalarbeit in den Fischbetrieben ohne weiteres durchführbar ist, daß die Fischindustriellen durch geeignete Rüßlanlagen es ermöglichen können, auch den letzten Heringschwanz vor dem Verkauf zu schälen. Wenn der Verein der Fischindustriellen das Verlangen nach Ausnahmebestimmungen mit dem Hinweis auf das leichte Verderben der Ware motiviert, so ist das nicht der wirkliche Grund, dieser ist vielmehr, daß sie für Hervollkommnung der Betriebsformen das Anlagekapital sparen möchten. Aus dieser Erkenntnis heraus hat nun die organisierte Arbeiterkraft in der Fischindustrie die Initiative ergriffen und auf der bereits erwähnten Lübecker Konferenz ihre Forderungen auf besseren Arbeiterschutz formuliert. Die Fischindustriellen scheinen aber wenig Neigung zu verspüren, den durchaus berechtigten Forderungen der Arbeiter in irgend einer Form Rechnung tragen zu wollen. Sie haben in Altona und in Kiel vertrauliche Zusammenkünfte abgehalten und beschloßen, polnische Arbeiterinnen heranzuziehen, offenbar zu dem Zweck, nicht allein billige Arbeitskräfte zu ergattern, sondern auch die Forderungen auf ausreichenden Arbeiterrückenschuß zurückzuführen zu lassen.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Kriegsgerichtliche Geheimniskrämerei.** Der mysteriöse, seit 14 Tagen hinter verschlossenen Türen verhandelte Kriegsgerichtsprozess gegen den neunundvierzigjährigen Kriegsgerichtsssekretär Gustav Hoffmann aus Torgau wurde Dienstag in Halle zu Ende geführt. Hoffmann soll bekanntlich den früheren Divisionskommandeur, Gerichtsherrn Czjellenz von Röhl und mehrere Kriegsgerichtsräte beleidigt haben. Es handelte sich um Vorwürfe wie Rechtsbeugung, versuchte Nötigung, Aktenfälschung usw. Der Angeklagte lebt seit Jahren mit seinen Vorgesetzten auf sehr gespanntem Fuße. Seiner Meinung nach haben die Differenzen begonnen, als der frühere Kriegsgerichtsrat Koch in Danzig auf seine, Hs. Anzeige hin wegen Unterschlagung von Schriftstücken zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Daraufhin soll Koch den Oberkriegsgerichtsrat Anspach, der gegen ihn als Ankläger aufgetreten war, gefordert haben. Es kam zu anderen Weiterungen, über die wir bereits einmal berichtet haben. Erhebliche Unregelmäßigkeiten sollen nach Hs. Behauptung in dem Prozess des Kanoniers Zilmann vorgekommen sein. Z. wurde erst zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, dann für geisteskrank erklärt. Als ein Militärgerichtsbote, der von einem Rat schlecht behandelt sein wollte, einen Selbstmordversuch unternahm, soll H. sich in die Untersuchung des Falles unbefugt eingemengt haben. Immer wieder kam es zwischen H. und seinen Vorgesetzten zu neuen Konflikten. Schließlich wurde H. selbst einmal mit 30 Mk. bestraft. Er soll verücht haben, seinen Vorgesetzten-Dienststellen zu vereiteln. Das nach langen Leiden des Sekretärs und der an dem Prozess beteiligten Personen verkündete Urteil lautete: Der Angeklagte wird kostenlos freigesprochen. Darauf erhob sich der Ankläger und beantragte, das Urteil in nicht öffentlichen Sitzung zu begründen. Der Angeklagte protestierte gegen den Ausschluß der Presse. Das Gericht beschloß dann aber die öffentliche Begründung, in der es etwa hieß: Gewiß habe sich der Angeklagte der Beleidigung in allen Fällen schuldig gemacht. Das Gericht habe aber angenommen, daß der Angeklagte an die Richtigkeit seiner Behauptung geglaubt habe und daß er, wie die Sachverständigen befunden, zurzeit an Querulantenwahnsinn leide. Gesagt wurde aber, daß der Angeklagte von den Kriegsgerichtsräten scharf angefaßt worden sei und daß die unberechtigten Beschlagnahme der Bücher, die er für eine Privatgenossenschaft führte, von dem Kriegsministerium für unzulässig erklärt worden ist. Durch diese Vorgänge sei die Krankheit des Angeklagten, der in eine begreifliche hochgradige Erregung geraten, beschleunigt worden. Bei der Behauptung, ein Kriegsgerichtsrat habe total betrunken auf der Straße gelegen, habe es sich um eine „Personenverwechslung“ gehandelt. Die den Räten gemachten Vorwürfe wegen Amtsverbrechens und Betruges bei Dienstreisen haben sich als haltlos erwiesen, da es sich nicht um Verschaffung rechtsmüßiger Vermögenswerte gehandelt habe. Hoffmann behauptet nach wie vor, geistig normal zu sein, da er nach seiner Unternehmung in der Irrenanstalt für geistig gesund erklärt worden sei. — Durch eine ganz öffentliche Verhandlung hätte man die Sache viel besser aufklären können, als durch diese Begründung.

**Die besondere Ehre des Herrn Rittergutsbesizers.** Wenn ein gewöhnlicher Sterblicher beleidigt wird, kann er sich auf dem Wege der Privatklage Genugtuung verschaffen. Anders liegt die Sache, wenn es sich um die Beleidigung eines Rittergutsbesizers durch seinen Knecht handelt. Hier liegt dann ein „öffentliches Interesse“ vor und der Staatsanwalt heisst sich, öffentliche Klage gegen einen derartigen Sünder zu erheben. Ein Herbednecht des Rittergutsbesizers v. Winterfeld auf Reuhof, Kreis Westpreignitz, hatte in einer konservativen Reichstagswählerversammlung im Dezember vorigen Jahres dem sozialdemokratischen Diskussionsredner Beifall geklatscht. Der Herr v. Winterfeld sah dies und ließ den Knecht kurz hernach zu sich in die Wohnung rufen, um ihm Vorhaltungen zu machen. Dabei fiel auch das Wort, wenn die Wahl nicht nach dem Wunsch des Herrn klappe, dann seien beide geschiedene Leute. Am Tage nach der Wahl, die auf dem Gute auch mehrere sozialdemokratische Stimmen gebracht hatte, begegnete Herr v. Winterfeld dem Knecht, als dieser eben in einem Sack Brot nach Hause trug, das ihm der Milchtutler aus dem Dorf mitgebracht hatte. v. Winterfeld hielt an, ließ ihn den Sack leeren und völlig umwenden, „um sich zu überzeugen, ob er nicht etwa gestohlenes Gut darin wegtrage“. Dieser beleidigende Verdacht mußte natürlich den Knecht erbittern und er äußerte sich dem Vorknecht gegenüber, man habe ihn für einen Spitzhüben. Der Rittergutsbesitzer kam wieder dazu, woran sich ein Wortwechsel entspann, in dessen Verlauf der Knecht seinem Arbeitgeber die Äußerung hinwarf, diesem stehe bei der ganzen Sache die Wahl vom Tage vorher im Kopf. Wenn v. Winterfeld wissen wolle, wie er gemißt Jahrmüde er es ihm am Arsch fingern, dort sei es angeklebt. Dies wurde als eine fürchterliche Beleidigung des jungerleibigen Arbeitgebers erachtet. Flugs mußte auf dem Wege der öffentlichen Klage durch den Staatsanwalt die Sache erwirkt werden. Auf Antrag des Staatsanwalts erkannte das Schöffengericht in Verleberg den Knecht der öffentlichen Beleidigung für schuldig und verurteilte ihn unter Verfallung in die Kosten zu einer Gefängnisstrafe von acht Tagen. Dem beleidigten Gutsbesitzer wurde außerdem die Publikationsbefugnis zugesprochen. Selbstverständlich war für den Besitzer auch, daß er den Knecht sofort aus der Arbeit jagte und ihn aus der Wohnung

vom Hof verwies. Nach dem geltenden Strafrecht muß sich ein Landbesitzer demnach gefallen lassen, daß er als Dieb bezeichnet und mit seiner Familie aus Wohnung und Arbeit gejagt wird, wenn er seinem Beleidiger, einem junkerlichen Rittergutsbesitzer, gegenüber eine Äußerung gebraucht, die höchstens als bespöttelnde Aufforderung betrachtet werden kann, der man nicht nachzukommen braucht. Und überdies sorgt dann der Staatsanwalt dafür, daß der respektlose Knecht acht Tage ins Loch fliegt. Von Rechts wegen! Wird die Strafkammer das Urteil bestätigen?

**Spionage.** Das Warschauer Kriegsgericht verhandelte gegen vier des Hochverrats Angeklagte. Sie wurden beschuldigt, den preussischen Militärbehörden eine ganze Reihe geheimer Dokumente für eine Mobilmachung ausgeliefert zu haben. Der Pferdehändler Lippisch wurde zu 16½ Jahren Zwangsarbeit, der Kapitän der Regimentskassette Nowlanstky zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Zwei frühere Soldaten, Lapanow und Gursinkel, wurden freigesprochen.

## Genossenschaftsbewegung.

Großkapitalistische Kleinhandelsstruße in Nordamerika. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind das Land, in dem die Konzentration des Kapitals am weitesten fortgeschritten ist. Auch der Detailhandel macht in Amerika die Entwicklung nicht nur zum Großbetriebe durch, sondern findet im Kleinhandelsstruß jene Form, die ihm die profitabelste Gestaltung der Warenverteilung verspricht. Von New York wird gemeldet, daß ein Konzern übereingekommen ist, 3000 Kolonialwarenläden anzukaufen. Wie behauptet wird, besitzt der Trust jetzt schon 343 Läden in New York, 198 in Boston, 300 in Chicago 240 in Philadelphia und 111 in Brooklyn. Die zu diesem Trust vereinigten Kapitalisten wollen, wie sie angeben, durch Vereinigung der Kaufkraft aller dieser 3000 Geschäfte Lebensmittel billiger beschaffen, indem sie den Einkauf zentralisieren. Waren sollen nur gegen Barzahlung verkauft werden. Durch das Prinzip der Barzahlung soll ermöglicht werden, die Waren billiger abzugeben, als der Kredit gewöhnliche Händler dazu in der Lage ist. Das Organ der kalifornischen Konsumvereine ist nun allerdings der Ansicht, daß es sich bei dem Kleinhandelsstruß um eine Organisation der Lebensmittelhändler handelt, die schließlich keinen anderen Zweck verfolgen, als durch Vereinigung der Kaufkraft Preise und Bedingungen festzusetzen, zu denen Lebensmittel verkauft werden sollen. Es würde sich also schließlich nur um eine Preis-konvention handeln, zu dem Zwecke, die Preise zu diktieren. In St. Franzisko haben sich 100 Händler zu einer ähnlichen Organisation zusammengeschlossen. Auch sie wollen durch die Bildung des Kleinhandelsstrußes den Nutzen, den der einzelne Händler hat, steigern. Wie sie behaupten, sind diese Trustgründer auch auf das Heil der Konsumenten bedacht. Sie wollen den Konsumenten in nähere Beziehung zum Produzenten bringen, mithin den Weg verkürzen, den die Ware vom Produzenten bis zum Konsumenten zu machen hat. Alle Spekulationen mit Waren sollen ausgeschaltet werden, nur der Kleinhändler soll Waren vermitteln dürfen. Unstreitig wird ein Kleinhandelsstruß in der Lage sein, durch Organisation der Kaufkraft die Ware billiger auf den Markt zu bringen. Es wird sich nur darum handeln, ob der Kleinhandelsstruß dies auch tun wird. Die Entwicklung des Kleinhandels zum Großbetriebe und weiterhin zum Kleinhandelsstruß braucht nicht immer zum Vorteile des Konsums anzuschlagen. Die amerikanischen Kleinhandelsstrüße sind kapitalistische Gebilde, die auf möglichst hohen Profit ausgehen, wie nur irgendein einzelner Kleinhändler dies zu tun vermag. Erst, wenn die Sucht nach Profit umschlägt in die Wahrnehmung der Interessen der Konsumenten, wird der zum Großbetriebe entwickelte Kleinhandel als wirtschaftlich vorteilhafte Warenvermittlung anzusehen sein. Diese beiden Elemente, Großbetriebe im Kleinhandel, verbunden mit der Wahrnehmung der Interessen der Konsumenten, finden wir einzig und allein in den modernen Konsumgenossenschaften. Es mag sein, daß die Konsumvereine Nordamerikas den Kleinhandelsstruß gegenüber vorläufig eine schwächere Stellung haben, ist doch die Konsumvereinsbewegung Nordamerikas noch verhältnismäßig jung und zu unentwickelt, um dem Wirken der Kleinhandelsstrüße erfolgreich Widerstand entgegenzusetzen zu können. Es wird ein gut Stück Arbeit zu leisten sein, um den amerikanischen Konsumenten den Unterschied der zwei in Frage kommenden Großbetriebe im Kleinhandel klarzumachen.

**Geheimtabelle.** Das Zugabewesen ist stets und an allen Orten ein Unjag. Unrecht sind immer die mit dem Geheimgeben verbundenen Absichten. Von dieser einfachen Wahrheit ist auch das Gesetz getragen, das am 8. Juli 1912 veröffentlicht wurde, und das für Dänemark die Zugabe litzterhand verbietet. Das Verbot von Geheimnissen beim Verkauf von Waren stellt das Gesetz unter Strafe. Es hat den Anschein, als ob die deutschen Käufer und Käuferinnen sich noch immer dem Glauben hingeben, als würde ihnen bei der Zugabe zum Einkaufe wirklich etwas geschenkt. Zwar haben schon eine große Anzahl von Händlerorganisationen und vor allen Dingen auch die deutschen Konsumvereine das ihrige zur Aufklärung der Konsumenten getan. Schon oft wurde darauf hingewiesen, daß es sich bei den Zugaben um ein Wandern handelt, d. h. daß diejenigen hinter das Licht zu führen, die unangenehm sind, das einseitige Rechenexempel zu lösen. Trotzdem sehen wir immer noch das Zugabewesen in Blüte stehen. Es ist doch unangenehm zu erkennen, daß niemand etwas verhindern kann, einer Leistung stets eine Gegenleistung gegenübersehen muß. Besondere der Käufer eine Zugabe, so soll sich diese Zugabe in irgendeiner Art bezahlt machen. Nichts einfacher für den Händler, als die Kosten für die Zugabe in den Preis der Ware hineinzufaktulieren. Ein anderes Mittel heißt ihm natürlich auch nicht zur Verfügung: Stets ist es der Käufer, der sich durch die Geheimtabelle unladen läßt, die bunten, meist aber recht geschmacklosen Geschenke bewundert, mit aller Sicherheit aber selbst den Preis für das Geschenk bezahlt. Würden die Käufer und Käuferinnen, die sich gern etwas schenken lassen, einmal etwas genauer zusehen, zu welchen Artikeln Geschenke gegeben werden, so würden sie un schwer erkennen, daß es sich stets um solche Ware handelt, deren Qualität und damit deren Wert für den Käufer schwer festzustellen ist. Ein Händler kann sehr leicht ein Pfund Zucker verschicken, wenn er ein Pfund Margarine zu 1 Mark verkauft, deren Wert nur 70 Pfg. beträgt. Die Hausfrau ist meistens nicht in der Lage, mit Sicherheit zu sagen, ob die Margarine 1 Mark oder 70 Pfg. wert ist. Dementsprechend aber auch die Zugabe noch aus solchen Artikeln, wie Kaffee und Schokolade, deren Wert ebenfalls nicht leicht vom Käufer bestimmt werden kann. — Reeller Warenhandel und Zugabewesen sind Dinge, die sich schließlich nicht miteinander vereinbaren lassen. Deshalb werden auf ihren wirtschaftlichen Vorteil bedachte Käufer niemals dort ihre Waren kaufen, wo man sie mit zweifelhaften Geschenken anlockt. Deshalb sind auch Zugaben dort verboten, wo sich in den Konsumvereinen die Kaufkraft organisiert. Der Konsumverein, der gern darauf verzichtet, bei der Entnahme von Waren Geschenke zu geben, verhält sich besser mit den Konsumenten als der Händler, der in seiner Profitgier zum unredlichen Mittel der Geheimtabelle greift.

**Konsumvereinsbekämpfung durch Kriegervereine.** In letzter Zeit häufen sich die Fälle, daß, wenn alle Mittel zur Bekämpfung der Konsumvereine versagten, die Kriegervereine als letzter Heerhaufen aufgetrieben wurden, um die verhasste Konsumgenossenschaftsbewegung totzuschlagen. Einige Fälle, die in letzter Zeit in Lehrs und Strau stattfanden, verdienen weiteren Kreisen zur Kenntnis gebracht zu werden. Der Konsumverein Lehrs hat schon manchen Strauß mit Behörden ausgefochten. Die Eisenbahnverwaltung gebot ihren Beamten und Arbeitern den Austritt aus dem Konsumverein. Doch konnte der Verein diesen Schlag leicht überwinden. Es ist doch so, daß bei der Konsumvereinsbekämpfung das Gegenteil von dem erreicht wird, was die Kämpfer erwarteten. Neuerdings will man die Tätigkeit des Konsumvereins Lehrs lahmlegen, indem man seiner Verkaufsstelle in Burgdorf die Käufer abjagt. Zu dem Zwecke verschaffte man sich in den Kreisen der Konsumvereinsbekämpfer Burgdorfs ein Verzeichnis derjenigen Konsumvereinsmitglieder, die auch zu gleicher Zeit Mitglieder des Kriegervereins sind. Die so Ermittelten lud man zu einer Sitzung ein mit der Androhung, sie aus dem Kriegerverein auszuschließen, wenn sie nicht vor dem strengen Forum des Kriegervereins erscheinen, um sich zu verantworten. Es genügte eine Besprechung mit diesen Mitgliedern und ein Hinweis auf die nützliche Tätigkeit des Konsumvereins, um die ganze Aktion des Kriegervereins ins Wasser fallen zu lassen. Es ist richtig, daß es manchen Kriegervereinsmitgliedern schwer fällt, aus der Reihe der Krieger auszuscheiden, weil die in langjähriger Mitgliedschaft errungenen Unterstüßungsanprüche nicht gern preisgegeben werden. Um so erfreulicher ist es dann allerdings, daß alle diejenigen, die vor die Gewissensfrage: Konsumverein oder Kriegerverein, gestellt wurden, bis auf drei erklärten, dem Konsumverein treu bleiben zu wollen. Selbst die Veteranen ließen sich durch keinerlei sanften Druck ihre Überzeugung abspenstig machen. Alle gegen den Konsumverein in Burgdorf unternommenen Aktionen hatten das begrüßenswerte Resultat, daß die Verkaufsstelle ihren Umsatz um 20 Proz. erhöhte.

## Sozialdemokrat ist nicht

der, welcher am Bierisch räsoniert, sonst aber nichts tut, sondern

## Sozialdemokrat ist nur

wer für die Arbeiterfrage täglich mitarbeitet, seiner Organisation angehört, vor allem aber auch

## das Parteiblatt liest.

Ein richtiger Sozialdemokrat begnügt sich auch nicht damit, sein Parteiblatt zu abonnieren, er wirkt täglich, stündlich auch noch für dessen weitere Verbreitung. Er wirkt und agitiert unablässig für den

## „Lübecker Volksboten“

### Aus Nah und Fern.

**Der Sprachen-Paragraf findet auch für nichtpolitische Veranstaltungen Anwendung.** Das Oberlandesgericht Breslau hat in einer Strafsache gegen den polnischen Landtagsabgeordneten Rechtsanwalt Dr. Szuda aus Kattowitz erneut entschieden, daß der Sprachenparagraf (§ 12) des Vereinsgesetzes auch für nichtpolitische Veranstaltungen gilt. Der Angeklagte berief sich u. a. darauf, daß das Oberverwaltungsgericht und das Kammergericht wissenschaftliche und künstlerische Vorträge als nicht unter das Vereinsgesetz fallend betrachte. Demgegenüber steht das Oberlandesgericht auf dem Standpunkt, daß die Gültigkeit des Sprachenparagrafen für fremdsprachliche Versammlungen aller Art aus der Fassung des Absatzes 1 („Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen“) und ferner daraus hervorgehe, daß darin für internationale Kongresse, Wählerversammlungen usw. Ausnahmen festgesetzt sind, die Zulassung weiterer Ausnahmen aber der Landesgesetzgebung überlassen ist.

**Opfer eines Überalles.** Der bei einem Raubüberfall ver wundete Bankbuchhalter Klobitz in Kattowitz ist gestorben. Auch der Kassierer Schalka ringt mit dem Tode. Der Verbrecher verübte den Überfall nicht allein; sein Spießgeselle wartete auf dem Geschäftsterritor. Beide raubten etwa 1000 Mark zusammen und entflohen in der Richtung nach Zadowitz. Die Polizei hat sofort die Grenzübergänge nach Rußland und Estland gesperrt.

**Servicemitarz.** Auf der Besse „Bluto“ bei Gelsenkirchen kürzte ein zu Reparaturzwecken errichtetes Gerüst ein: zwei darauf beschäftigte Arbeiter wurden sofort getötet.

**Autounfall.** Ein Automobil, in dem sich außer dem Chauffeur noch 7 Mitglieder einer Schauspielgesellschaft befanden, überfuhr in Königberg in der Nähe von Christiania beim Passieren einer Brücke das Geländer und kürzte in den reißenden Gebirgsbach. Im Wasser explodierte der Motor des Automobils. Der Chauffeur wurde sofort getötet. Die sieben Insassen wurden schwer verletzt und von herbeieilenden Personen in das Krankenhaus gebracht. Vier der Geretteten haben so schwere Brandwunden erlitten, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

**Raugerkrankungen an Typhus.** Eine schwere Typhusepidemie ist in der wosenschen Ortschaft Mogilno ausgebrochen. In der Stadt sollen 100 Personen an Typhus erkrankt sein, von denen bereits mehrere gestorben sind.

**Raubmord auf einem österreichischen Bahnhof.** Auf der österreichischen Bahnstation Preding wurde gestern ein Raubmord verübt. Dort wurde der reiche Viehhändler Boerth erschossen. Der Mörder raubte ihm die Brief-tasche mit sechszehntausend Kronen und flüchtete. Auf dem Bahnhof war niemand anwesend. Ein Polizeijagd verfolgte die Spur des Raubmörders ohne Erfolg.

**Explosion auf einem englischen Kriegsschiff.** Auf dem in Glasgow im Hafen liegenden Kreuzer „Southampton“ erfolgte eine Explosion, durch die ein Mann verbrannt und einer verletzt wurde.

**Die Taifunkatastrophe in China.** Aus Schanghai sind jetzt nähere Meldungen über den Taifun eingetroffen, der am 9. September dort wütete. Auf Grund dieser brieflichen Nachrichten, die nunmehr, nachdem der Telegraph unterbrochen ist, aus der Provinz Tscheking vorliegen, wird der „R. Z.“ versichert, daß die Sturmflut dort mehrere Dörfer und Städte völlig verschlungen hat. Die Zahl der Toten wird auf 30- bis 40 000 angegeben. Fortgesetzt treibt das Meer im Süden von Tscheking Hunderte von Leichen an Land. Mitunter gelingt es auch, einzelne Personen, die sich auf treibende Gegenstände gerettet hatten, an Land zu bringen. Die aus dem vom Taifun betroffenen Orten kommenden Meldungen geben ein erschreckendes Bild von dem gewaltigen Drama, das sich namentlich in der Gegend der Stadt Wenschou abgespielt hat.

## Theater und Musik.

**Neues Stadttheater.** Der Waffenschmied, Oper in 3 Akten von Lorzing. Auf die Wiedergabe dieser von sonnigem Humor durchwärmten melodischen Oper war gestern besonderer Fleiß verwandt worden; man merkte auch, daß alle Mitwirkenden mit Lust und Liebe bei der Sache waren. Das kam der Vorstellung sehr zugute, die in vielen Teilen als gelungen bezeichnet werden kann. Als Stabinger erwies sich Herr Michner als Bassbuffo von guten stimmlichen und darstellerischen Qualitäten. Vielleicht hätte er aber besser getan, seinem bärbeißigen Waffenschmied und Tierheilkundigen eine größere Gemütsbeilage zu geben. Stimmtlich recht sympathisch, aber im Spiel indifferent und im Dialog meistens unverständlich, vermochte der neue Spielbariton Herr Barth als Liebenau nicht sonderlich zu interessieren. Ob ihm gestern eine erklärliche Befangenheit an der vollen Entfaltung seines könnens hinderte, wird man abwarten müssen. Sehr tüchtige Leistungen boten Fräulein Jansen als liebliche Marie und Herr Schorn als übermütiger Georg. Fräulein v. Neuenhof (Armentraut), sowie die Herren Sepdecke (Abelhof) und Obermeyer (Brenner) sorgten für eine angemessene Wiedergabe der kleineren Partien. Die Regie hatte gegen früher insofern die Szene verändert, als das erste Bild zugleich die Schmiede und die daran stoßende Wohnstube Stabingers zeigte, während man bisher zunächst nur einen Einblick in die Werkstatt des Waffenschmiedes hatte. Auf diese Weise ist ein Szenenwechsel erspart worden. Damit kann man einverstanden sein. Nicht aber mit dem seltsamen Hochzeitsszug des letzten Aufzuges durch die Schmiede, in dem Braut und Bräutigam nicht einmal ein festliches Gewand angelegt hatten, was wohl sinnig auf den Notstand der Junker hindeuten sollte. Die musikalische Leitung hatte Herr Kapellmeister Stoll, ein junges temperamentvoller Dirigent, der sich bei Lorzing allerdings noch etwas mehr Zurückhaltung auferlegen muß. Das Publikum nahm die Aufführung sehr beifällig auf. P. L.

## Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 25. September.

Bauern-Butter Pfd. 1,35—1,40 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,45—1,50 Mk., Käse — Mk., Enten 3,00—3,50 Mk., Löhner 1,60—2,50 Mk., Kühen Stück 1,00—1,60 Mk., Tauben Stück 60—65 Pfg., Gänse Pfd. 85 Pfg., Schinken Pfd. 1,20 Mk., Schweinskopf Pfd. 60 Pfg., Würst, geräuchert Pfd. 1,30—1,60 Mk., Eier Stück 9 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pfg., Spargel 1. Sorte — Pfg., 2. Sorte — Pfg., 3. Sorte — Pfg., Blumentohl der Kopf 20—40 Pfg., Kürbis, hiesige Pfd. — Pfg., eingeschaltete Pfd. — Pfg., Lebende Süßwasserfische: Schleie, Portions-schleie Pfd. 1,70 Mk., größere Pfd. 1,60 Mk., Karpfen, größere Pfd. 1,10—1,20 Mk., kleinere 1,00 Mk., Hal, große Pfd. 1.—Mk., mittlere Pfd. 80 Pfg., kleine Pfd. 50—60 Pfg., Karantischen Pfd. 80 Pfg., Hechte, große Pfd. 70 Pfg., Mittel Pfd. 80 Pfg., Barche Pfd. 60—70 Pfg., Brachsen, gr. Pfd. — Pfg., kleine Pfd. — Pfg., Mand Pfd. — Pfg., Notaugen, große Pfd. 25 Pfg., kleine Pfd. 10 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg., Salzwasserfische: Dorsche, lebende Pfd. — Pfg., frische Pfd. 30 Pfg., Butte, größere Pfd. 35—40 Pfg., kleinere 20 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 80 Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 25. September.

Weizen, 120—127 Pfd. holl. 195—210 Mk., Roggen 112—120 Pfd., holl. 160—172 Mk., Gerste, nach Qualität 170—200 Mk., Hafer, nach Qualität, 160—180 Mk. alter — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 25. Sept. Auftrieb 1268 Schweine. Handel: Markt ruhig geräumt.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 83,— bis 84,— (66,— bis 67,— Mk.), Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 82,— bis 83,— (65,50 bis 66,50 Mk.), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 82,— bis 82,50 (64,00 bis 64,50 Mk.), Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 80,— bis 82,— (64,— bis 64,50 Mk.), Geringere Ware, Tara 24 Proz., 72,— bis 80,— (64,50 bis 61,50) Mk., Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., — bis 79,— (— bis 63,—) Mk., Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 70,— bis 77,— (64,50 bis 60,—) Mk.

Butter-Notierungen

a. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 24. Sept.

1. Klasse 347 Drittel zu 136,45 Mk. im Durchschnitt.  
2. „ 25 „ 127,24 Mk.

## Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Neue Zeit“, Heft 51.  
„Wahre Jacob“, Nr. 20.  
„Gleichheit“, Nr. 26.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: T. Sch warz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.